

VIELFALT GESTALTEN

Herausforderungen erfolgreicher Integrationsarbeit



Brost
Stiftung

BA PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

IMPRESSUM

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Karsten Jung (V.i.S.d.P.)

Jasmin Sandhaus

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

VIELFALT GESTALTEN

Herausforderungen erfolgreicher Integrationsarbeit

INHALT

■ GRUSSWORT VON DR. BORIS BERGER	SEITE 07
■ VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH	SEITE 08
■ BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN DER LETZTEN MONATE	
▣ 23. FEBRUAR 2016: ESSENER FORUM ZUM THEMA „INTEGRATION DURCH BILDUNG UND AUSBILDUNG: HERAUSFORDERUNGEN IN DER PRAXIS“	SEITE 08
▣ 06. APRIL 2016: BONNER FORUM ZUM THEMA „FLÜCHTLINGSKRISE UND EHRENAMT: CHANCEN UND RISIKEN BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“	SEITE 10
▣ 14. APRIL 2016: PODIUMSDISKUSSION „MUSLIMISCH-WEIBLICH-DEUTSCH? INTEGRATIONSERFAHRUNGEN MUSLIMISCHER MÄDCHEN UND FRAUEN“ MIT ALICE SCHWARZER	SEITE 11
▣ 07. JUNI 2016: ESSENER FORUM ZUM THEMA „GESUNDHEIT UND PFLEGE MUSLIMISCHER SENIOREN: HERAUSFORDERUNGEN UND BEDARFE IN DER PRAXIS“	SEITE 12
▣ 29. JUNI 2016: PODIUMSDISKUSSION „DIE ROLLE DER MEDIEN IN DER INTEGRATIONSDEBATTE – ZWISCHEN OBJEKTIVITÄTSANSPRUCH UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHER VERANTWORTUNG“ MIT ANJA RESCHKE	SEITE 14

- DIALOG DER KULTUREN–
MUSLIME IN DEUTSCHLAND, ZUNEHMENDE ISLAMFEINDLICHKEIT
UND VERPASSTE CHANCEN
AIMAN A. MAZYEK SEITE **16**

- INTEGRATION DURCH BILDUNG – WAS KANN UND MUSS SCHULE LEISTEN?
LAMYA KADDOR SEITE **21**

- VON DER KULTURSENSIBLEN ZUR TRANSKULTURELL KOMPETENTEN PFLEGE:
MENSCHEN MIT MIGRATIONSERFAHRUNG VERSORGEN UND BETREUEN
YVONNE ADAM; PROF. DR. MAGDALENA STÜLB SEITE **28**

- INTEGRATION „VOR ORT“ – BEDARFE UND LÖSUNGSANSÄTZE
ERGEBNISSE DER LEITFADENGESTÜTZTEN BEDARFSANALYSE
PROF. DR. VOLKER KRONENBERG; MARCO JELIC SEITE **35**



GRUSSWORT

VON DR. BORIS BERGER



Dr. Boris Berger

*Vorsitzender des Vereins für Forschung
und Lehre Praktischer Politik*

Gerade im Kontext der Flüchtlingskrise, aber besonders auch vor dem Hintergrund der erschreckenden Gewalttaten in Würzburg und Ansbach, stellt sich die Frage nach Gradmessern für gelungene Integration dringlicher denn je: Wie lässt sich verhindern, dass die Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen – und jene, die bereits seit vielen Jahren hier leben – in kriminelle oder gar terroristische Milieus abdriften?

Auf diese Frage gibt es in Wissenschaft und Praxis mehr als nur eine Antwort. Unumstritten scheint jedoch, dass bestimmte Faktoren das Ankommen in unserer Gesellschaft fördern. Dazu zählen die deutsche Sprache, die Teilnahme an Bildung und Ausbildung, ein fester Arbeitsplatz und politische sowie gesellschaftliche Partizipation.

Wie sich der Erfolg der muslimischen Migranten in diesen als zentral identifizierten Kernbereichen steigern lässt, steht auch im Blickpunkt des Forschungsprojekts „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“, das der Verein für Forschung und

Lehre praktischer Politik gemeinsam mit der Bonner Akademie und der Brost-Stiftung durchführt.

Der vorliegende Band gibt einen Zwischenbericht über die Ergebnisse der Projektarbeit. Ich freue mich besonders, dass darin neben renommierten Experten aus der Wissenschaft und erfahrenen Praktikern der Integrationsarbeit vor Ort im Ruhrgebiet mit Aiman A. Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, und Lamya Kaddor, Islamwissenschaftlerin und Autorin, auch zwei prominente Vertreter der muslimischen Community aufzeigen, wie Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelingen kann.

Dr. Boris Berger

*Vorsitzender des Vereins für Forschung
und Lehre Praktischer Politik*

VORWORT

VON PROF. BODO HOMBACH



Prof. Bodo Hombach
Präsident der
Bonner Akademie

Die Welt ist in Bewegung - nicht erst seit dem Bürgerkrieg in Syrien, nicht erst seit Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt – oder auf der Suche nach einem besseren Leben – ihre Heimat verlassen. Oft ist ihr Ziel Deutschland. Die meisten haben große Erwartungen. Enttäuschungen stellen sich schnell ein. Nur wenig wirkt auf die Gefühlslage von Menschen negativer ein, als enttäuschte Erwartung. Wer falsche Erwartungen sät, erntet nicht nur Frust, sondern oft auch Wut.

Ständig wird wiederholt: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Das sind wir faktisch aber schon lange. Nur die USA sind bei Migranten ein noch beliebteres Ziel. Dort gibt es schon immer feste Regeln und Bedingungen für legale Einwanderung.

Jedes dritte in Deutschland geborene Kind hat einen Migrationshintergrund. Das ist nicht neu, wird aber durch neue Ereignisse in der Gesellschaft neu bewertet und diskutiert.

Im Ruhrgebiet gibt es eine lange und durchaus gute Tradition von Einwanderung und Eingliederung. Viele Bergleute kamen aus Polen, sogenannte „Gastarbeiter“ aus Italien und später aus der Türkei. Die haben sich am Auf- und Wiederaufbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft beteiligt. Viele haben hier eine neue Heimat für sich und ihre Familien gefunden.

Etliche sind aber nie ganz in unserer Gesellschaft angekommen. Sie bleiben ihren ursprünglichen Traditionen und Loyalitäten stärker verbunden als dem Wunsch, sich in Deutschland zu integrieren. Auch im Ruhrgebiet lässt sich beobachten, dass Menschen zwar nebeneinander, aber auch nebeneinander her leben. Manchmal sind es fehlende Sprachkenntnisse, manchmal fehlende Kontaktmöglichkeiten, zuweilen auch Vorurteile oder Desinteresse auf beiden Seiten. Eine Minderheit lebt mit religiösen Vorstellungen, die die Anpassung an die Wert- und Moralvorstellung der Mehrheitsgesellschaft schwierig machen.

Vor diesen Realitäten die Augen zu verschließen, ist keine Option mehr. Um Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, gilt es, sie zu erkennen, auszusprechen und aus ihnen zu lernen.

**DAS VIELZITIERTER MANTRA
„WIR SCHAFFEN DAS!“ MUSS MIT
REALITÄTEN GEFÜLLT WERDEN.
SONST BLEIBT NUR APPELL
STATT INTERPRETATION.**

Das vielzitierte Mantra „Wir schaffen das!“ muss mit Realitäten gefüllt werden. Sonst bleibt nur Appell statt Interpretation. Es bedarf aktiver Gestaltung durch den Staat und der Tatkraft und des Engagements von Institutionen, Verbänden und Vereinen, aber auch Einzelner vor Ort.

Die vom damaligen Bundespräsidenten Wulff ausgesprochene Feststellung „Der Islam gehört auch zu Deutschland“ kann aus historischer und aktueller Sicht nicht bestritten werden. Wer das tut, äußert eher eine politische An- und Absicht, als dass er die Fakten zur Kenntnis nimmt. Dabei ist klar, Hassprediger, Frauenverächter, „Ehrenmorde“ und über allem der IS-Terror mit Schreckensmeldungen von unerträglicher Wucht gehören nicht zu Deutschland. Wenn wir hören: „Das gehört auch nicht zum Islam“, hören wir das mit Sympathie und Zuversicht.

Ein wichtiger Integrationsbeitrag ist es, wenn die, die für den Islam stehen und ihn vertreten, das immer wieder deutlich und unmissverständlich klar machen. Eine Großdemonstration, auf der der massenhafte Schrei nach Todesstrafe in der Türkei die Öffentlichkeit erreicht und die missbräuchliche Inanspruchnahme des Islam für gewalttätiges Handeln nicht geißelt wird, ist problematisch.

Diejenigen, die die Spaltung der Gesellschaft und zwischen den Religionen wollen, dürfen keinen Raum bekommen.

Bildung und Ausbildung ist die wohl wichtigste Grundlage für Teilhabe in unserer Gesellschaft. Im Ruhrgebiet war es oft gemeinsame Arbeit, die dabei half, sprachliche Barrieren zu überwinden und Brücken zwischen den Kulturen zu bauen.

INTEGRATION KANN NUR
GEMEINSAM UND IM GEGENSEI-
TIGEN GUTEN WILLEN GELINGEN.
SIE IST KEINE EINBAHNSTRASSE.
BEIDE SEITEN MÜSSEN DEN DIALOG
SUCHEN, MIT NEUER OFFENHEIT
UND DER BEREITSCHAFT ZUR
TOLERANZ FÜHREN.

Politische Partizipation und die Lebensumstände aktiv mitgestalten zu können, schaffen Identifikation und Verwurzelung mit und in der Gesellschaft, in der man lebt. Vereine, Gewerkschaften und Parteien sollten dort viel mehr Möglichkeiten bieten.

Integration kann nur gemeinsam und im gegenseitigen guten Willen gelingen. Sie ist keine Einbahnstraße. Beide Seiten müssen den Dialog suchen, mit neuer Offenheit und der Bereitschaft zur Toleranz führen.

Diese Publikation soll die, die dazu bereit sind, bestärken. Sie soll auch denen als Wegweiser und Orientierungshilfe dienen, die den Weg des Miteinanders in eine gute Zukunft gehen und mitgestalten wollen. Immer häufiger versuchen politische Kräfte, in der Herausstellung tatsächlicher Widersprüche oder der Konstruktion vermeintlicher Gegensätze für sich Zustimmung und Bindung zu erzeugen. Deren Konzept „Spalten statt Versöhnen“ kann für niemanden in einer guten Zukunft enden. Der alte Grundsatz „Versöhnen statt Spalten“ darf nicht verdrängt oder unmodern gemacht werden. Wir wollen den Grundsatz „Versöhnen statt Spalten“ verteidigen, indem wir ihn mit konkretem Leben füllen. ■

VERANSTALTUNGSBERICHTE

ESSENER FORUM: „INTEGRATION DURCH BILDUNG UND AUSBILDUNG: HERAUSFORDERUNGEN IN DER PRAXIS“ AM 23. FEBRUAR 2016

Ein wesentlicher Bestandteil des Forschungsprojekts ist die Durchführung von Expertenrunden, um den inhaltlichen Austausch zu intensivieren, ergebnisoffen zu diskutieren und die hinzugewonnenen Erkenntnisse wiederum in die Forschungstätigkeit einfließen zu lassen. Am 23. Februar 2016 fand das Essener Forum zum Thema "Integration durch Bildung und Ausbildung - Herausforderungen in der Praxis" statt.



Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsprojekts



Franz Roggemann, Industrie- und Handelskammer Mülheim, Essen, Oberhausen



Dr. Johannes D. Schütte, Projektbegleitung „Kein Kind zurücklassen!“



Ina Wolbeck, Jugendberufshilfe Essen



Ute Wohlgemuth, Ministerialrätin des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW

In seiner Einleitung betonte der Geschäftsführer der Bonner Akademie, **Dr. Karsten Jung**, den wichtigen Beitrag des Bildungserfolgs der Jugendlichen für die persönliche Integrationsleistung. Schulabschluss und Ausbildung seien essentiell für die Integration in unserer Gesellschaft. Diesen Punkt aufgreifend berichtete **Ute Wohlgemuth**, Ministerialrätin des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW, über die Probleme der Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei der beruflichen Ausbildung.

Ein Großteil von ihnen besucht die Berufskollegs, während im Kontext der aktuellen Flüchtlingskrise auch die Internationalen Förderklassen (IFK) an Bedeutung gewinnen. Beide Institutionen trügen in hohem Maße dazu bei, einen qualifizierten Schulabschluss und damit auch einen Ausbildungs- oder sogar Studienplatz zu erreichen. Ein Problem sei in diesem Zusammenhang jedoch das Ende der Schulpflicht mit 18 Jahren. Danach werde es schwierig, abschlusslose Schüler weiterhin zu erreichen.

Im anschließenden Vortrag führte **Dr. Johannes D. Schütte** in das NRW-Programm „Kein Kind zurücklassen!“ ein. Ziel des von der Bertelsmann Stiftung geförderten Projektes sei die schon in der Schwangerschaft ansetzende Prävention, die Misserfolge bei der Arbeitsmarktintegration schon weit vor Berufseinstieg vorbeugen soll. Dr. Schütte, der das Projekt in Duisburg und Gelsenkirchen begleitet, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass universale Ansätze und sogenannte „Leuchtturm-Projekte“ selten erfolgreich seien, weshalb das Projekt einen Schwerpunkt auf die Entwicklung maßgeschneiderter kommunaler Ansätze legt, die von den Kommunen selbst finanziert werden können. Es gehe vor allem um die Schaffung einer flächendeckenden Breite von Angeboten, weshalb „Kein Kind zurücklassen!“ nach Ende der Modellphase nun schrittweise auf weitere Kommunen in NRW ausgeweitet wird.

Franz Roggemann von der Industrie- und Handelskammer Mühlheim, Essen, Oberhausen erläuterte die wirtschaftliche Sicht auf gelungene Integration. Die IHK selber verfügt über Mitarbeiter, die sich mit den spezifischen Bedarfen von Ausbildungssuchenden mit Migrationshintergrund, wie Sprachhürden oder unklarem Aufenthaltstitel, beschäftigten. Diese, so Roggemann, unterschieden sich nichtdestotrotz meist nicht fundamental von den Bedarfen Ausbildungssuchender ohne Migrationshintergrund, zentral ist auch in diesen Fällen Bewerbungstraining. Mit Hilfe dieses Angebots vermit-

telt die IHK jährlich ca. 80-100 Jugendliche erfolgreich an Unternehmen. Insgesamt spiele die Herkunftsfrage für die IHK jedoch nur eine untergeordnete Rolle, wichtig sei letztendlich die Unterschrift unter dem Ausbildungsvertrag und der Bedarf der Unternehmen nach qualifiziertem Personal.

Abschließend erläuterte **Ina Wolbeck** von der Jugendberufshilfe Essen die konkreten Herausforderungen in der Jugendhilfe. Neben der unklaren Finanzierungslage, müsse man sich jedem Ausbildungssuchenden persönlich widmen, um Status und Hintergrund mit einbeziehen zu können. Den typischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder Einwanderungsgeschichte gebe es nicht. Für die Vermittlung der Jugendlichen in den Ausbildungsmarkt sei es deshalb von großer Bedeutung, dass Unternehmen und Jugendliche sich kennenlernen.

In der anschließenden Diskussion fasste der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und Co-Projektleiter, **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, die wesentlichen Punkte zusammen. Der Wille etwas zu bewegen sei spürbar, sagte er, betonte aber gleichzeitig, dass zu oft unklar sei, wie gelungene Integration konkret aussehe und was damit gemeint sei. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass der kulturelle Hintergrund der Eingewanderten in jedem Fall miteinbezogen werden müsse, Integration dürfe nicht als Assimilation verstanden werden. ■



Die Praxisexperten diskutierten mit Projektpartnern und -team über die Herausforderungen in Bildung und Ausbildung

BONNER FORUM: „FLÜCHTLINGSKRISE UND EHRENAMT: CHANCEN UND RISIKEN BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“ AM 6. APRIL 2016

Im Rahmen des Forschungsprojekts finden in regelmäßigem Abstand Diskussionsforen statt, die das praxisorientierte Projekt mit wissenschaftlicher Expertise rückkoppeln. Am 6. April 2016 diskutierten Wissenschaftler und Experten die Herausforderungen der Flüchtlingskrise mit Blick auf Chancen und Risiken des Ehrenamts.



Die regelmäßig stattfindenden akademischen Diskussionsforen bereichern das Projekt um wissenschaftlichen Input

Einleitend betonten **Dr. Karsten Jung**, Geschäftsführer der Bonner Akademie, und **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats, die Relevanz des Themas für das laufende Forschungsprojekt. Es sei davon auszugehen, dass ein Teil der Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleibe und Integrationspolitik damit wiederum vor neuen Herausforderungen stehe.

Aus historisch-politischer Perspektive erläuterte **Serdar Yüksel**, MdL, die Gründe für die Flüchtlingskrise. Fehleinschätzungen und Ignoranz von europäischer und US-amerikanischer Seite hätten zur Instabilität des Nahen Ostens maßgeblich beigetragen, weshalb er mahnte, dass wir unsere Verantwortung für die Fluchtbewegung nicht länger leugnen dürften. Zudem fehle es bisher an nachhaltiger Aufbauarbeit in der Region selbst. Aus diesem Grund gründete Yüksel nach Vorbild eines SOS-Kinderdorfs das Flüchtlingsdorf Ruhrgebiet, das im Nordirak für mehr als 670 Familien eine winterfeste Unterkunft bereitstellt und aus Spenden finanziert wird.

Rüdiger Unger und **Lars Werthmann** vom DRK-Landesverband Sachsen diskutierten die Rolle der Ehrenamtler in der Flüchtlingshilfe vor Ort. Obwohl hunderte sich freiwillig engagieren wollten, sei die Zusammenarbeit nicht immer leicht gewesen. Konflikte zwischen dem strukturell organisierten DRK und basisdemokratisch eingestellten Helfern hätten zu Beginn zu Diskrepanzen geführt. Zudem habe man nichts über die Helfer gewusst, was sich in der konkreten Betreuung traumatisierter Menschen als problematisch erwies. Die Gefahr, dass etwa „Pegida-Anhänger“, sensationsorientierte Journalisten oder Islamisten Zugang zu den Flüchtlingsunterkünften erhielten, sei zu groß gewesen, weshalb das DRK zunächst vornehmlich Stammpersonal einsetzte. Mittlerweile habe die Organisation gut funktionierende Strukturen zur Qualitätssicherung eingerichtet und die externen Helfer seien, so Unger, für das DRK zu einer unverzichtbaren Hilfe geworden.

Dies verdeutlichte auch **Coletta Manemann**, Integrationsbeauftragte der Stadt Bonn, wo rund 3.600 Asylbe-

werber leben. Ohne das Engagement der Freiwilligen sei die Arbeit für die Stabsstelle Integration nicht zu bewältigen. Gleichzeitig zeigte sie sich beeindruckt vom hohen Professionalisierungsgrad der über 80 Gruppen mit denen die Stabsstelle zusammenarbeitet. Jedoch kritisierte sie auch die hohe Erwartungshaltung der Helfenden. Nicht für jeden Freiwilligen gebe es einen Platz, abhängig von den sprachlichen und beruflichen Qualifikationen und der zeitlichen Flexibilität. Zudem fehle es immer noch an ausreichend hauptamtlichen Stellen, denn auch die Ehrenamtler dürften nicht mit Aufgaben überfrachtet werden.

Abschließend beleuchtete **Prof. Dr. Dirk Halm** vom Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung der Universität Duisburg-Essen, das Potential des freiwilligen Engagements muslimischer Gemeinden für die Flüchtlingshilfe. Chancen lägen hier vor allem in den

Sprachkompetenzen und der hohen Kultursensibilität sowie den transnationalen Netzwerken. In diesem Zusammenhang mangle es auch nicht am Engagement der muslimischen Gemeinden, sondern vielmehr an der Qualität der angebotenen Dienstleistungen. Das resultiere auch aus beschränkten finanziellen Mitteln und fehlenden hauptamtlichen Mitarbeitern.

In der Abschlussdiskussion resümierte **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, dass es sich trotz des beeindruckenden schicht- und milieuübergreifenden Engagements nicht um eine „bunte schöne Welt“ handle. Integrationspolitik sei in den vergangenen Dekaden sträflich vernachlässigt worden, weshalb in diesem Bereich noch immer großer Nachholbedarf bestehe. Mittlerweile sei jedoch ein Bewusstseinswandel in der Politik festzustellen, der dazu beitrage, dass im Bereich der Integrationspolitik wichtige Fortschritte erzielt werden. ■



Serdar Yüksel, Mitglied des Landtags



Rüdiger Unger und Lars Werthmann, DRK-Landesverband Sachsen



Coletta Manemann, Integrationsbeauftragte der Stadt Bonn



Prof. Dr. Dirk Halm vom Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung

PODIUMSDISKUSSION „MUSLIMISCH-WEIBLICH-DEUTSCH? INTEGRATIONSERFAHRUNGEN MUSLIMISCHER MÄDCHEN UND FRAUEN“ MIT ALICE SCHWARZER AM 14. APRIL 2016

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Kölner Silvesternacht fand an der Bonner Akademie am 14. April 2016 eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Muslimisch-weiblich-deutsch? Integrationserfahrungen muslimischer Mädchen und Frauen“ statt. Über die Vereinbarkeit von Islam und Gleichberechtigung und die Wahrnehmung in der Mehrheitsgesellschaft diskutierten Alice Schwarzer, Journalistin und Publizistin, Lamya Kaddor, Islamwissenschaftlerin und Autorin, Claudius Seidl, FAS- Feuilletonchef, und Ali Ertan Toprak, Vorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschlands. Anja Bröker vom Westdeutschen Rundfunk übernahm die Moderation der Diskussionsveranstaltung.



Die Publizistin und Autorin Alice Schwarzer diskutierte die Vereinbarkeit von Islam und Gleichberechtigung

In seiner Begrüßungsrede betonte **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, dass am Anfang des interreligiösen Dialogs immer gegenseitige Anerkennung stehe – und das nicht nur zwischen den Kulturen, sondern auch innerhalb dieser. Die Bewahrung der religiösen und kulturellen Identität, so Hombach, stehe der sozialen und bürgerlichen Partizipation nicht im Wege, sondern könne vielmehr ihr Anfang sein. Dafür sei jedoch die Entsakralisierung der Politik und die Entpolitisierung des Sakralen notwendige Voraussetzung.

Alice Schwarzer erläuterte am Beispiel der Kölner Silvesternacht die Gefahr, die durch Männer entstehe, die die Scharia über das Grundgesetz stellten und denen

es nicht primär um Religion, sondern um Machtgewinn, auch gegenüber der Frau, gehe. In diesem Zusammenhang machte sie ebenfalls darauf aufmerksam, wie wichtig es sei, sich zu zentralen gemeinsamen Grundwerten zu bekennen. Eine Trennung zwischen politischem und religiösem Islam sei unverzichtbar, bisher seien die Grenzen, so Schwarzer, jedoch eher fließend.

Ali Ertan Toprak betonte, dass die aktuelle Diskussion, die sowohl medial als auch gesellschaftlich geführt werde, nicht im Sinne der deutschen Muslime sei und zu deren Diskreditierung beitrage. Gemeinsame Werte und gegenseitige Anerkennung seien für ein funktionierendes Miteinander unabdingbar. Mit Blick auf die

Rolle der Frau dürfe man dabei jedoch nicht außer Acht lassen, dass gerade das Kopftuch in zahlreichen Fällen aus den falschen Gründen und nicht immer aus freien Stücken getragen werde.

Dagegen argumentierte **Claudius Seidl** für größere Unvoreingenommenheit auch gegenüber religiösen Symbolen wie dem Kopftuch. In einer freiheitlichen Gesellschaft müsse die Grundannahme immer sein, dass Entscheidungen freiwillig getroffen würden. Grundrechte und Freiheit seien zwar fundamentale gemeinsame Werte unserer Gesellschaft, nichtsdestotrotz seien darüberhinausgehende Unterschiede in Kultur, Traditionen und Geschichte essentieller Bestandteil derselben. Insoweit werde Integration im gesamtgesellschaftlichen Diskurs oftmals eher als Pflicht, denn als Recht verstanden.

In diesem Sinne betonte auch **Lamy Kaddor**, dass es – anders als oftmals angenommen – kein Widerspruch sei, sowohl muslimisch als auch deutsch zu sein, vielmehr müsse man davon ausgehen, dass es sich dabei zukünftig um die Regel handeln werde. Religion und Gleichberechtigung seien kein Widerspruch, sondern mit Hilfe eines modernen aufgeklärten Islamverständnisses ohne weiteres miteinander vereinbar. Gleichzeitig kritisierte sie die öffentliche Wahrnehmung des Islam und votierte für eine Versachlichung der Debatte.

Dazu, so Toprak, sei auch die Wahrung strikter Neutralität des Staats erforderlich, der ohne religiöse Symbolik auskommen müsse. Diese Ansicht teilte Alice Schwarzer und ergänzte, dass auch christliche Symboliken aus öffentlichen Räumen entfernt werden müssten, da der Grundsatz gleicher Rechte und gleicher Pflichten für alle Bürger gelte.

Insgesamt, so das Fazit der Diskutanten, gebe es vielfältige muslimische Lebensformen in Deutschland, die differenzierter betrachtet werden müssen als dies bisher der Fall sei. Mit Blick auf die Rolle der Frau gebe es ganz unterschiedliche Interpretationen des Islam. Auch deshalb sei es nicht unbedingt ein Widerspruch muslimisch, weiblich und deutsch zu sein. Gerade hierzulande gebe es zahlreiche Frauen, die einen modernen, zeitgenössischen Islam lebten und gleichzeitig ein emanzipiertes und selbstbestimmtes Leben führten. ■



Lamy Kaddor, Islamwissenschaftlerin und Autorin, zeigte, dass es kein Widerspruch ist, gleichzeitig muslimisch und deutsch zu sein



Claudius Seidl, Feuilletonchef der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, wünschte sich größere Unvoreingenommenheit



Der Staat, betonte Ali Ertan Toprak, Vorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland, müsse in Religionsfragen neutral bleiben

ESSENER FORUM: „GESUNDHEIT UND PFLEGE MUSLIMISCHER SENIOREN: HERAUSFORDERUNGEN UND BEDARFE IN DER PRAXIS“ AM 07. JUNI 2016

Das zweite Essener Forum des Halbjahrs fand am 7. Juni 2016 zum Thema "Gesundheit und Pflege muslimischer Senioren: Herausforderungen und Bedarfe in der Praxis" statt und fokussierte auf die Bedarfe in der interkulturellen Altenpflege und -versorgung.



Gemeinsam mit dem Projektteam diskutierten die Teilnehmer die Bedarfe in der kultursensiblen Altenpflege

In seiner Einleitung betonte der Geschäftsführer der Bonner Akademie, **Dr. Karsten Jung**, die Relevanz des Themas: Trotz stetig steigender Bedarfe seien interkulturelle Kompetenzen vor allem in der stationären Pflege noch unterrepräsentiert. Daran anschließend erläuterte **Alfred Steinhoff**, Vorsitzender des Seniorenbeirats Essen, die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung dieser Fähigkeiten in die deutsche Pflegestruktur. Durch körperliche Arbeit und Stress seien vor allem die Gastarbeiter überdurchschnittlich früh von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen. Neben der Grundversorgung, so Steinhoff, sei aber auch ein interkulturelles Freizeitangebot essentiell. So könne dem nachlassenden Sprachvermögen und der zunehmenden Isolation der muslimischen Senioren effektiv entgegengewirkt werden.

Meral Aslan vom Generationennetz Gelsenkirchen erläuterte, dass es auch für türkische Familien immer schwerer werde, die Pflege der Eltern alleine zu bewältigen. Auch deshalb sei davon auszugehen, dass türkische Senioren in den nächsten Jahren immer stärker die Angebote ambulanter Pflegedienste und stationärer Seniorenheime in Anspruch nehmen werden. Zur Implementierung, so Aslan, sei es hilfreich, die Moscheegemeinden einzubeziehen. Diese verfügten zum einen über das notwendige Wissen, zum anderen erreichten sie problemlos die Zielgruppe der muslimischen Senioren und könnten als Multiplikatoren fungieren.

Wie multikulturelle Pflege in der Praxis ausgestaltet werden kann, zeigten im Anschluss **Ralf Krause**, Heimleiter des *Hauses am Sandberg* in Duisburg und Pflege-

dienstleiter **Zeki Günes**. In der stationären Einrichtung, die als Pilotprojekt und deutschlandweit erstes multikulturelles Seniorenzentrum 1994 startete, stammen sowohl das Personal als auch die Bewohner aus unterschiedlichsten Ländern und Kulturkreisen. Das *Haus am Sandberg* verfügt über entsprechende Einrichtungen, um kultursensible Pflege anbieten zu können – beispielsweise einen muslimischen Gebetsraum, kultur- und religionsspezifische Essensangebote und Feiern. Dabei gehe es, so Krause, weniger darum, ein Sonderangebot zu etablieren, sondern vielmehr jeden Bewohner mit seinen individuellen Bedürfnissen zu berücksichtigen.

Abschließend erläuterte **Ute Galonski** vom Bildungsinstitut im Gesundheitswesen die Notwendigkeit, interkulturelle Faktoren auch stärker in die Hospizarbeit einzubinden. Im Rahmen des Projekts *Interkulturelle Hospizarbeit* werden dementsprechend interkulturelle Schulungen für Palliativkräfte durchgeführt. Zudem

werde vermehrt ehrenamtliches, muttersprachliches Personal für die Hospizarbeit qualifiziert. Durch eine enge Vernetzung mit Moscheegemeinden und Migrantenselbstorganisationen werden zudem die Zugänge zu palliativen Versorgung für Menschen mit Migrationshintergrund erleichtert.

In der anschließenden Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass im Bereich der interkulturellen Seniorenarbeit noch Optimierungspotential besteht. Vor allem Konzepte nach dem Prinzip *Hilfe zur Selbsthilfe* und eine zielgruppengerechte Ansprache, etwa durch Vertreter der muslimischen Communities sowie Moscheegemeinden oder Vertrauenspersonen wie Hausärzte, seien in diesem Zusammenhang erfolgsversprechend. Auf diese Weise könne auch das Wissen über bestimmte Angebote und Möglichkeiten vergrößert und die Zielgruppe der muslimischen Senioren besser adressiert und erreicht werden. ■



Das Projektteam im Gespräch mit den Teilnehmern



Meral Aslan vom Generationennetz Gelsenkirchen (Mitte) und Alfred Steinhoff, Vorsitzender des Seniorenbeirats Essen (Rechts)



Ute Galonski, Bildungsinstitut im Gesundheitswesen, erläutert die Herausforderungen in der interkulturellen Hospizarbeit (Mitte rechts)

PODIUMSDISKUSSION „DIE ROLLE DER MEDIEN IN DER INTEGRATIONSDEBATTE – ZWISCHEN OBJEKTIVITÄTSANSPRUCH UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHER VERANTWORTUNG“ MIT ANJA RESCHKE AM 29. JUNI 2016

Am 29. Juni war die Journalistin und Panorama-Moderatorin Anja Reschke in der Bonner Akademie zu Gast und referierte über „Die Rolle der Medien in der Integrationsdebatte – Zwischen Objektivitätsanspruch und gesellschaftspolitischer Verantwortung“. Im Anschluss diskutierte sie auf dem Podium mit Dr. Frauke Gerlach, Direktorin des Grimme-Instituts, Constantin Schreiber, Journalist und Grimme-Preisträger, sowie Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger. Dr. Moritz Küpper, Landeskorrespondent des Deutschlandradios, moderierte die Veranstaltung, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ in Kooperation mit der Brost-Stiftung stattfand.

In ihrer Rede betonte die NDR-Journalistin und Moderatorin **Anja Reschke**, dass die deutsche Berichterstattung, entgegen aller Vorwürfe durchaus ausgewogen sei. Wie etwas aufgenommen oder eingeordnet werde, hänge sehr stark vom Rezipienten ab, die Wahrnehmung sei dabei sehr unterschiedlich. Mit Blick auf das im Veranstaltungstitel aufgegriffene Dilemma zwischen Objektivität und gesellschaftspolitischer Verantwortung machte sie deutlich, dass Objektivität – im Sinne von Neutralität – nicht existieren könne, da Journalis-

ten schwerlich nur positionslose Beobachter sein könnten und illustrierte dies anschaulich anhand eigenen Arbeiten und Erfahrungen. Zudem hielt Reschke fest, dass Journalisten zweifelsohne eine gesellschaftspolitische Verantwortung besäßen. Diese ergebe sich bereits aus ihrer Wächterrolle, die durch das Grundgesetz verantwortet sei: Sexismus oder Rassismus müssten angeprangert werden, schon allein weil sie gegen unsere Gesetze verstoßen.



Die Podiumsgäste in der Diskussion um ein brisantes Thema



Anja Reschke, Journalistin und Moderatorin, betonte die gesellschaftspolitische Verantwortung der Journalisten



Dr. Frauke Gerlach, Direktorin des Grimme-Instituts, stellte den Bezug zum Grundgesetz her



Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger, emeritierter Professor für empirische Kommunikationsforschung der Universität Mainz, kritisierte die aktuelle Berichterstattung



Constantin Schreiber, Journalist bei n-tv, erläuterte, dass es oft schwer falle, persönliche Betroffenheit außen vor zu lassen

Bei der darauffolgenden Podiumsdiskussion griff **Dr. Frauke Gerlach**, Direktorin und Geschäftsführerin des Grimme Instituts, die gesetzlich verankerte Rolle der Medien auf und machte deutlich, dass sich objektiver Journalismus stets innerhalb der Rahmenbedingungen des Grundgesetzes bewegen müsse. Bei Integration und der damit verbunden Grundwerte handele es sich sogar um einen Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien. **Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger**, emeritierter Professor für empirische Kommunikationsforschung an der Universität Mainz, beschrieb die deutsche Berichterstattung als emotionsgeladen und parteiisch. Von nüchternen Journalisten könne man gerade auch im internationalen Vergleich nicht sprechen, argumentierte Kepplinger auf Basis vorläufiger Ergebnisse einer Vergleichsstudie zwischen Deutschland und

Großbritannien. **Constantin Schreiber**, Grimme-Preisträger und Journalist bei n-tv, erklärte daran anschließend, dass man auch als Journalist manchen Bildern gegenüber einfach nicht neutral sein könne. Natürlich sei Betroffenheit – gerade im Fall der Flüchtlingskrise – unter Umständen die Ausgangslage der Berichterstattung, ob man das gut oder schlecht finde, sei jedem jedoch selber überlassen.

Der Verlauf der Diskussion verdeutlichte einmal mehr, dass die Debatte zu diesem wichtigen Thema noch immer schwierig und konfliktbeladen ist. Insoweit bleibt als Fazit die Erkenntnis, dass eine offene und sachliche Auseinandersetzung mit der Rolle der Medien in der Integrationsdebatte weiterhin eine wichtige Aufgabe – auch für die Bonner Akademie – bleibt. ■

DIALOG DER KULTUREN – MUSLIME IN DEUTSCHLAND, ZUNEHMENDE ISLAMFEINDLICHKEIT UND VERPASSTE CHANCEN



Aiman A. Mazyek
*Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in
Deutschland*

Die Stimmung uns Muslimen gegenüber ist in Teilen der Bevölkerung angespannt und zwar nicht nur in Deutschland. Die Lage dem Islam allgemein gegenüber erscheint mir noch problematischer zu sein. Diesbezüglich leben wir also in schweren Zeiten. Und wir wissen nicht, ob das Schwierigste schon hinter uns liegt oder erst noch kommt. Wie dem auch sei, das darf nichts daran ändern, dass wir am Dialog der Kulturen beherzt festhalten wollen. Denn dieser Dialog ist wichtiger denn je und fürwahr kein Selbstläufer. Es bedarf also unser aller Anstrengungen.

Vier Themen spreche ich in diesem Beitrag an: Erstens die Lage der Muslime hier in Deutschland mit Beobachtungen über eventuell noch zunehmende Islamfeindlichkeit. Das versuche ich im zweiten Teil näher auszuführen, indem ich auf womöglich perfide Strategien hinweise, die hinter Attentaten auf Unschuldige stecken könnten. Drittens beschreibe ich als Gegenstrategie die fast schon traditionell zu nennenden „Tage der offenen Moschee“ (ToM), die wir als einen positiven Beitrag zum gelingenden Dialog der Kulturen verstehen. Und schließlich viertens zeige ich Beispiele verpasster Chancen auf, mit denen der Dialog der Kulturen für noch mehr Gemeinsamkeiten wesentlich hätte verbessert werden können.

1. SCHON ZU HAUSE?

In meinem jüngst veröffentlichten Buch bei Bertelsmann mit dem Titel „Was machen Muslime an Weihnachten? Islamischer Glaube und Alltag in Deutschland“ habe ich mich intensiv speziell auch mit dieser Frage befasst: Ist der Islam hierzulande überhaupt schon angekommen? Neben vielen anderen Themen habe ich in meinem Buch hierzu dargelegt, dass ich definitiv der Auffassung bin, ja, der Islam ist hierzulande angekommen. Denn, so schreibe ich in dem Buch, der Islam ist überall auf der Welt zu Hause. Er bejaht ausdrücklich die Verschiedenartigkeit und bunte Vielfalt der Menschen.

Die Menschen sind diesem Verständnis nach verschieden, weil sie einander besser kennenlernen sollen. Menschen sollen nicht nach ihrer Volks- oder Ethnienzugehörigkeit beurteilt werden, sondern nach ihrer Rechtschaffenheit und Aufrichtigkeit. Das Engagement für diese Werte würde uns sicherlich entspanntere Zeiten und weniger Ängste bescheren.

Doch Muslime sind fehlbar wie alle Menschen. Sie handeln leider nicht immer so, wie es ihnen der Koran empfiehlt. Ein weit verbreitetes islamisches Sprichwort sagt: „Lebe, als würdest du morgen sterben und als würdest du ewig leben.“ Mit anderen Worten: Wir Muslime sollen hier unser tägliches Leben gestalten, wir sollen hier unsere Wohnhäuser für uns und unsere Nachkommen im Diesseits bauen. Und wir sollen gleichzeitig unsere Gotteshäuser hier errichten, damit wir uns darin auf unsere Begegnung mit Gott im Jenseits vorbereiten können.

Ignaz Bubis, der langjährige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, hat einmal zum Bau von Gotteshäusern gesagt: „Wer baut, will bleiben.“

Doch wie viele Muslime leben immer noch auf gepackten Koffern, als wollten sie morgen abreisen? (Und damit meine ich nicht die Geflüchteten der Gegenwart.) Sie investieren lieber in ein prachtvolles Haus in einer fernen, oft fremd gewordenen Heimat und erdulden im Gegenzug ein Leben in einer zu engen Wohnung – oft irgendwo am Rande der Stadt, am Rande der deutschen Gesellschaft.

Und wenn sie sich anschicken, Moscheen zu bauen, dann orientieren sie sich gerne an der traditionellen Architektur ihrer Herkunftsländer. Das ist an sich kein Problem, aber es zeigt leider auch, dass sich Muslime hierzulande oft scheuen, nach neuen Wegen – jenseits der vertrauten heimatlichen Gefilde – Ausschau zu halten.

In den Vereinigten Staaten zum Beispiel ist das etwas anders. Dort gibt es mehr als 2000 Moscheen, die die traditionelle muslimische Bauweise mit moderner amerikanischer Architektur verbinden. Beispiele dafür gibt es auch hier in Deutschland, etwa die wunderbare Moschee im oberbayerischen Penzberg. Aber sie sind, gemessen an der Notwendigkeit, sich in der deutschen Gesellschaft „zu verheimaten“, noch zu selten. In der neuen Heimat ankommen heißt auch, mit neuen Ideen zu experimentieren. Der Islam ist nicht statisch, er ist dynamisch. Muslimische Amerikaner kopieren nicht einfach Vorbilder aus Istanbul, Kairo oder Islamabad. Sie entwickeln Eigenes und zeigen damit Selbstbewusstsein in ihrer neuen Heimat und ein Bewusstsein für ihre neue Heimat.

2. GEGEN EIGENE WERTE DIE DOPPELT BITTEREN ZIELE VON ATTENTATEN: LEIDER SIND DIE GETÖTETEN NUR MITTEL ZUM ZWECK

Ich mache mir große Sorgen um die Stimmung in unserem Land. Sie droht zu kippen. Da ist zunächst an die vielen Attentate in Europa zu denken. Ich fürchte ernsthaft, dass derlei Taten womöglich gar keine Einzeltaten sind. Aufgereiht wie auf einer Wäscheleine kommen mir diese furchtbaren Nadelstiche ganz und gar nicht mehr einzeln vor. Was ist, wenn Attentate einem so schrecklichen wie bitteren Plan folgen, die

Ursprungsbevölkerung in den jeweiligen Ländern wie etwa in Frankreich oder hier bei uns in Deutschland zu spalten? Wenn als Folge solcher feigen Angriffe es wieder gelingen könnte, Stimmung zu machen gegen Minderheiten, gegen ganze Religionsgemeinschaften? Wenn schon gelingende Integrationsbemühungen wieder zertrümmert werden sollen?

Denn stets nach solchen Ereignissen erleben die Muslime, dass ihr Glauben sofort unter Generalverdacht gerät. Das war wieder so nach Nizza. Inzwischen weiß man, dass ein Drittel der Opfer selber Muslime waren. Und das ist jetzt nach den Angriffen in der Eisenbahn bei Würzburg wieder so. Automatisch werden Forderungen laut, die Muslime müssten mehr nach innen wirken, um das Umfeld dieser Attacken auszutrocknen.

Das aber geht am Kern des Problems vorbei. Zu Beginn der Flüchtlingswelle 2015 hat der Zentralrat der Muslime in Deutschland große Anstrengungen bei der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge unternommen. Insbesondere engagierten wir uns bei der Verteilung dieser jungen Leute an Pflegeeltern. Viele intakte und seriöse Familien haben sich bei uns gemeldet.

„ICH MACHE MIR GROSSE
SORGEN UM DIE STIMMUNG
IN UNSEREM LAND. SIE
DROHT ZU KIPPEN.“

Wir aber sind als ZMD auf Skepsis, auf große bürokratische Hürden und nicht selten auf offene Ablehnung gestoßen. So berichtete ein Verwaltungsmann aus der Jugendhilfe bei einer der vielen Info-Veranstaltungen des ZMD vor etwa 70 nicht schlecht staunenden muslimischen Familien, die gerne jugendliche Flüchtlinge aufgenommen hätten, wie kosmopolitisch er doch selber sei. Allerdings hätte eine Muslima mit Kopftuch dort nichts zu suchen. Das gehe selbst ihm zu weit und verstoße gegen seine Neutralität.

Wenn wieder etwas Schlimmes passiert, zeigt man mit den Fingern auf uns Muslime. Wenn wir die Politik aber darauf aufmerksam machen, dass nur ein Bruchteil dieser jugendlichen Flüchtlinge in der Betreuung in muslimischer Hand ist, der Großteil aber bei den großen Wohlfahrtsverbänden aufgehoben ist oder eben nicht, heißt es schnell „Opferrolle“ oder „die wollen ablenken“.

Der Kampf um die Köpfe auch die der Neuankömmlinge kann nur zusammen mit den muslimischen Institutionen gelingen. Solange aber solche Ereignisse stets nur dazu führen, unnötig wertvolle Zeit mit Lückenfüller-Diskussionen um Kopftuch und Händegruß zu verschwenden, kommen wir als Gesellschaft nicht weiter. Und Terroristen, Kriminelle und Verirrte sehen weiter ihre Chance, unschuldige Menschen wahllos mit dem Ziel zu töten, noch mehr Zwietracht in unserer Gesellschaft zu säen.

BEISPIEL VOLKSSENTSCHEID GEGEN MINARETTE

Ein anderes Beispiel, das meine Sorgen schürt, war der Schweizer Volksentscheid gegen Minarette im Jahr 2007. In meinen Augen war das ein Präzedenzfall, der nicht nur für die Schweiz galt, sondern für ganz Europa. Denn er konterkariert die in der Menschenrechtscharta garantierte Religionsfreiheit. Es ging bei dieser Abstimmung nicht um Ästhetik. Es ging nicht darum, wie Minarette gebaut werden. Darüber kann und soll diskutiert werden. Ich bin sehr für eine Debatte um eine Architektur, die zeitgenössisch sowie bautechnisch „schön“ ist, und die gleichzeitig religiösen Erfordernissen Rechnung trägt.

In der Schweiz ging es um die grundsätzliche Frage, ob die Mehrheit einer Minderheit vorschreiben darf, wie diese ihre Gotteshäuser zu bauen hat. Dies legt der Volksentscheid nahe, der in der Schweizer Verfassung ein Bauverbot für Minarette verankern will. Minarette sind kein Gotteshaus, aber sie sind Teil des muslimischen Gotteshauses. Wenn eine Moschee ohne Minarett gebaut werden soll, dann darf das einzig und allein die Entscheidung der muslimischen Bauträger sein.

Ich erinnere nochmals an Ignaz Bubis und sein Diktum zum Neubau von Synagogen: „Wer baut, will bleiben.“ Genau darum geht es. Und deshalb schmerzt der Ausgang des Plebiszits. Denn ein Teil der Schweizer Bevöl-

kerung hat deutlich gesagt: Ihr seid hier nicht willkommen, ihr sollt hier nicht bleiben.

Die Schweizer haben im Grunde nicht gegen Minarette abgestimmt, sondern gegen die Werte ihrer eigenen Verfassung. Das Abstimmungsergebnis steht im krassen Widerspruch zum Schweizer Modell, das bisher für Weltoffenheit, Liberalität und Toleranz stand. Der Kollateralschaden dieses Urnengangs lässt sich bislang nicht absehen. Ebenso wenig die Wirkung auf andere Länder Europas. Leider hat sich der Trend zur Abschottung auch in der Schweiz weiter verstärkt. Und leider haben sich auch die Debatten um „Ausländer“ weiter verschärft. Dies haben insbesondere die beiden „Aus-schaffungsabstimmungen“ zur Abschiebung straffällig gewordener Ausländer 2015 und 2016 gezeigt.

Ich fürchte, wenn es eine solche Abstimmung in Deutschland gäbe, würde das Ergebnis ähnlich ausfallen. Denn die Islamfeindlichkeit hat zugenommen, und die Debatten um den Islam arten immer häufiger zu Angstdebatten aus. Teile der Politik bagatellisieren dieses Phänomen, reden es klein oder betreiben sogar selbst aktiv Islambashing, anstatt entschlossen dagegen vorzugehen.

Meist kommt die Phobie ganz adrett oder harmlos daher: entweder als sogenannte Kritik an den Muslimen – nach dem Motto: „Man wird das doch noch sagen dürfen.“ Oder es werden diffuse Warnungen vor der „Islamisierung Europas“ in die Welt gesetzt – wie eben in der Schweiz geschehen. Oft verbergen sich dahinter blanker Rassismus oder heillose Fremdenangst. Warum sonst nimmt die Hetze gegen Muslime derart zu, die, gepaart mit Desinformationen über den Islam, propagandistisch durch ein weit gestreutes Netzwerk unters Volk gebracht wird? Wir ernten jetzt, was ein Teil unserer sogenannten Elite gesät hat: Sie führen Angstdebatten, anstatt sachlich Lösungen zu diskutieren.

Langfristig kann es unserer Gesellschaft nur zum Schaden gereichen, wenn wir nicht endlich jenen „Hasspredigern“ entschlossen entgegentreten, die eine Glaubensgemeinschaft von mehr als vier Millionen Menschen pauschal verleumdern.

3. TAG DER OFFENEN MOSCHEE

Jedes Jahr öffnen bundesweit über tausend Moscheen ihre Pforten zum „Tag der offenen Moschee“,

der sich seit seiner Initiierung im Jahr 1997 zum Selbstläufer entwickelt hat. Jahr für Jahr nehmen Moscheen aller islamischen Verbände daran teil.

Der bewusst gewählte Zeitpunkt am Tag der Deutschen Einheit soll das Selbstverständnis der Muslime als Teil der Deutschen Einheit und ihre Verbundenheit mit der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringen.

Der Tag wird veranstaltet zur Information, zur Selbstdarstellung und zum gegenseitigen Kennenlernen. Es geht um Öffnung und Dialog. Die Menschen sollen sich ein eigenes Bild vom Islam und von den Muslimen machen und sich eine eigene Meinung bilden.

Meist führt fehlendes Wissen über Muslime zu Vorurteilen, die ein gedeihliches Miteinander in der Gesellschaft erschweren. Dies lag oft auch an den beschränkten Möglichkeiten der Muslime, Wissen weiterzugeben und Fragen zu beantworten. Sprachliche Barrieren und fehlende Bereitschaft der Ansprechpartner kamen in der Vergangenheit hinzu. Durch fähige Moscheeführer wird heute dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung stärker Rechnung getragen, als es noch vor Jahren der Fall war. Viele Moscheen sorgen auch für das leibliche Wohl ihrer Besucher und bieten musikalische Darbietungen an, was zu einer anregenden Atmosphäre beiträgt. Hemmschwellen können damit abgebaut werden, denn Besucher kommen oft zunächst mit einem gewissen Unbehagen. Viele sind misstrauisch und wollen sich nur vergewissern, ob ihre Nachbarn den negativen Stereotypen aus den Medien tatsächlich entsprechen. Für viele Besucher ist es der erste Kontakt mit Muslimen. Manche sind enttäuscht, da sie sich eine Moschee prächtiger vorgestellt hatten, manche überrascht, da sie die Gebäude kannten und nie für eine Moschee gehalten hatten.

Seit 2007 lädt der Koordinierungsrat der Muslime (KRM) ein, im ersten Jahr unter dem Motto „Moscheen – Brücken für eine gemeinsame Zukunft“, zu diesem Tag ein. Die vier größten islamischen Dachverbände Zentralrat der Muslime, Islamrat, DITIB und der Verein islamischer Kulturzentren hatten sich im März 2007 zu der Spitzenorganisation KRM zusammengeschlossen und verdeutlichen die Einheit der Muslime in Deutschland seither auch in der gemeinsamen Organisation des ToM. Neben Moscheeführungen und Informationsveranstaltungen eröffnete der Tag der offenen Moschee 2007 zudem die Möglichkeit, einen Einblick in den Fastentag der Muslime zu gewinnen. Denn der

Tag fiel in die Zeit des Ramadan, des Fastenmonats der Muslime. Der Ramadan war daher auch das vorherrschende Thema bei den angebotenen Vorträgen und Seminaren. Viele Gemeinden nutzten diese Möglichkeit dazu, das gemeinsame Fastenbrechen bei Sonnenuntergang in das Programm aufzunehmen.

WENN EINE MOSCHEE OHNE
MINARETT GEBAUT WERDEN SOLL,
DANN DARF DAS EINZIG UND
ALLEIN DIE ENTSCHEIDUNG DER
MUSLIMISCHEN BAUTRÄGER SEIN.

In der Broschüre des Jahres 2009 wurde auch auf die Angebote in Moscheen, auf deren Potenziale und auf das ehrenamtliche Engagement der Muslime eingegangen, die einen wichtigen Beitrag zur Integration und zum Gemeinwohl leisten. Es wurde dazu eingeladen, einen Blick auf die oft unterschätzte Arbeit von Moscheen als religiöse und soziale Orte zu werfen. Die Resonanz war mäßig, eher rückläufig. 2009 war aber auch das Jahr der Minarett-Debatte, die medial stark aufbereitet wurde. Interessant war, dass das Innenleben der Moschee nur einen Bruchteil des Interesses auf sich zog im Vergleich zum Minarett, das eigentlich Zubehör ist. Unter dem Titel „Der Koran – 1400 Jahre, aktuell und mitten im Leben“ wurde beim letzten ToM 2015 des 1400. Jahres seit dem Beginn der Offenbarung des Koran gedacht und diese, für Muslime, Geburtsstunde ihres Glaubens gefeiert. Der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland nahm dieses historische Ereignis zum Anlass, um ein zentrales Anliegen des Koran zum Thema des Tages der offenen Moschee zu machen. In der begleitenden Broschüre wurde der Begriff der „Verantwortung“ auf der Basis des Koran erläutert. Anhand verschiedener Lebensbereiche wurde gezeigt, was Muslime unter Verantwortung verstehen und wie sie dies innerhalb der Gesellschaft umsetzen möchten. Im Zentrum stand die Frage, worin die Verantwortung der Moscheen innerhalb der Gesellschaft besteht und wie man dieser Verantwortung gerecht werden kann.

Damit ist der Tag der offenen Moschee ein positiver Beitrag der Muslime zu der Gesellschaft geworden, der sie sich zugehörig fühlen. Er ist nicht Ausdruck einer Defensivhaltung oder Opferrolle, sondern nimmt selbstbewusst Stellung, immer auch aus aktuellem Anlass. Diese Gelegenheit wird genutzt, den Islam aus einer anderen Perspektive zu zeigen als jener, die vielfach die Medien prägt, nämlich aus der der Muslime selbst. Das Motto bezieht sich jeweils auf das unmittelbare Leben der Muslime und zeigt, was für sie wichtig ist und womit sie sich beschäftigen, worüber sie sich freuen, wie sie feiern und welches Gemeindeleben sich in den Moscheen abspielt.

DAS GESPRÄCH ÜBER MUSLIME KANN NIE SO EFFEKTIV SEIN WIE GESPRÄCHE MIT IHNEN.

Es gibt sehr viel kritisches Material in Bezug auf Muslime, aber nur sehr wenig Authentisches, was von Muslimen selbst herrührt und ihre Begeisterung für ihren Glauben erklärt – ein großes Manko, das auch nicht durch den ToM aufgefangen werden kann. Dennoch sind solche Aktionen aus meiner Sicht ein guter Anfang und bieten Anstöße zum Nachdenken. Denn das Gespräch über Muslime kann nie so effektiv sein wie Gespräche mit ihnen.

4. VERPASSTE CHANCEN

Leider aber können solche Gespräche auch scheitern. Das ist dann schade. Aber wir verpassen auch große Chancen, solche Gespräche überhaupt zu führen. Zwei solcher verpassten Chancen will ich hier als markante Beispiele vorstellen. Das wird sicher nicht angenehm sein. Aber es hilft auch nicht, wenn wir nur nett zueinander sind und uns nicht ernsthaft mit den Dingen befassen, wie sie nun einmal wirklich sind. Dabei ist es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Hinweise auf verpasste Chancen nicht aus einer Rechthaberei heraus erfolgen. Ich habe nur den Eindruck, dass wir alle noch zu wenig an das Ausschöpfen solcher Möglichkeiten überhaupt denken.

ZWEI KULTURHAUPTSTÄDTE EUROPAS OHNE DIALOG: ESSEN – ISTANBUL

Mein erstes Beispiel ist zugleich eines, was mich damals schwer verstimmt hat und noch heute umtreibt:

Im Jahre 2010 waren Essen (mitsamt dem Ruhrgebiet als „Ruhr 2010“) und Istanbul gleichzeitig die Kulturhauptstädte Europas. Sie wissen ja, das ist diese seit 1985 existierende Initiative der Europäischen Union, wonach Städte in einem aufwendigen Verfahren ausgewählt werden, für jeweils ein Jahr den Titel Kulturhauptstadt Europas tragen zu dürfen.

2010 waren das also Essen und Istanbul, beide Kulturhauptstädte Europas. Die Besonderheit, dass 2010 auch noch die ungarische Stadt Pécs diesen Titel tragen durfte, will ich in diesem Zusammenhang hier unberücksichtigt lassen.

Was für ein Potential. Ich war begeistert. Essen, das Ruhrgebiet, ja das ganze Rheinland, eine einzige Kulturzone. Über viele Jahre und Jahrzehnte hat sie sich zu einer der bedeutendsten Vorzeigeregionen für Migration und Integration in Deutschland entwickelt. Malen Sie sich das ruhig ein wenig bildlich aus. Erst kamen die vielen polnischen Gastarbeiter, dann aber vor allem die Türken, die zumeist auch ihre Familien nachholten, zusammen genommen ein riesiges Potential unterschiedlicher Ethnien und Kulturen, Religionen und Weltanschauungen versammelt in einer einzigen Großregion.

Vor Ort waren und sind wie in einem großen, natürlichen Labor alle Vor- und Nachteile dieser großen Migrationsbewegungen eben nicht nur zu studieren, sondern auch konkret erlebbar. Da kann man hingehen, mit den Menschen sprechen, sich ihre Erfahrungen vortragen lassen. Essen – Istanbul, so dachte ich zumindest, das wäre doch ein zutiefst anspruchsvolles und interessantes Gespann gewesen, um alles kulturelle Mit-, Neben und auch Gegeneinander am lebenden Objekt erfahrbar zu machen. Eben die ganze Palette von gescheiterten Initiativen, großen Enttäuschungen und unerfüllter Erwartungen, bis hin zu den Glanzlichtern gelungener Integration und kultureller Befruchtung.

Aber stattdessen geschah nicht so viel in dieser Richtung, positiv in Erinnerung bleibt das Mega-Picknick auf der Autobahn. Essen, das Ruhrgebiet, die gan-

ze Region, natürlich auch Nordrhein-Westfalen, alle hatten sich mächtig ins Zeug gelegt, um 2010 Kulturhauptstadt Europas zu werden.

Ich bin mir ganz sicher, an diesen ganzen Events während des Essener Jahres als Europas Kulturhauptstadt haben außerordentlich viele Menschen mitgewirkt, als Konsumenten von Kultur ebenso wie als ihre Produzenten – sowohl Christen, Juden und Muslime, Deutsche mit deutschen Wurzeln, Deutsche mit polnischen, mit türkischen und ich weiß nicht mit was für unterschiedlichen Wurzeln. Sie alle waren vor und hinter den zahllosen Bühnen präsent, gestalteten die Kultur des Austauschs und der Begegnung.

Das passierte alles. Aber eines der zentralen Themen der Region, die Vielfalt kultureller Herkunft, fand als Thema explizit nicht statt. Keiner der vielen Kulturschaffenden hat sich aus meiner Sicht erkennbar und ausdrücklich mit dem eigentlich auf der Hand liegenden Thema befasst: mit der Region als großem Schmelztiegel für Kulturen und Religionen.

Noch heute verstehe ich das nicht. Da sind mit Essen und Istanbul zwei Riesenstädte gemeinsam Europas Kulturhauptstädte geworden und machen das nicht zum Thema ihres Programmjahres.

„DAS RUHRGEBIET ZEIGT
DIE GANZE PALETTE VON
GESCHEITERTEN INITIATIVEN,
GROSSEN ENTÄUSCHUNGEN
UND UNERFÜLLTEN ERWAR-
TUNGEN, BIS HIN ZU DEN
GLANZLICHTERN GELUNGENER
INTEGRATION UND KULTU-
RELLER BEFRUCHTUNG.“



Die "Flaniermeile" A40 während der Ruhr.2010.

Foto: flickr/creative commons

DIE NEUE ABWANDERUNG

Mein zweites Beispiel ungenutzter oder verpasster Chancen fand kurz nach dem Essener Jahr als Kulturhauptstadt Europas statt, und zwar nach dem „Politischen Aschermittwoch“ der CSU von Passau. Der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hatte Anfang 2011 erklärt, er werde sich dagegen sträuben, dass „wir eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsystem bekommen“.

Mir geht es hier nicht um Horst Seehofer. Ein bayerischer Ministerpräsident kann natürlich sagen, was er will, vor allem dann, wenn es sich um Anlässe wie den Politischen Aschermittwoch seiner CSU handelt.

Hinweisen will ich hier nur beispielhaft auf die ritualisierten und dadurch leider nur vordergründig bleibenden Aufregungen der politischen Debatte. Was im selbst erzeugten Pulverdampf niemand in den Blick nahm und was ich noch heute vermisse, ist eine ganz andere, allerdings wirklich gravierende Entwicklung: das schon länger zu beobachtende positive Ausreise-Saldo von jungen deutsch-türkischen Akademikern zurück in die Türkei.

Wir haben festzustellen, dass es seit zehn Jahren eine Entwicklung in Deutschland gibt, wonach sich junge Menschen türkischer Abstammung hier in Deutschland vorzüglich ausbilden lassen, um dann alsbald in die Türkei zu gehen oder dorthin wieder zurückzugehen. Dabei müssen wir dem Umstand nüchtern ins Auge sehen, dass eine solche Ausbildung dem Staat je Absolvent durchschnittlich etwa 150 000 Euro und mehr kostet.

Dass diese Entwicklung niemanden in Deutschland interessiert, das kann es meiner Ansicht nach einfach nicht sein.

Denn inzwischen ist genau diese Entwicklung nicht nur nicht stehen geblieben, sondern hat sich sogar weiter beschleunigt. Es ist bekannt und es verbreitet sich immer mehr, dass „Head-Hunter“ aus der Türkei in deutschen Hochschulen nach jungen Landsleuten Ausschau halten, um sie aus Deutschland abzuwerben. Den jungen Leuten werden Top-Karrieren in Istanbul oder in anderen Großstädten etwa an der Ägäis in Aussicht gestellt. Und unter den jungen Leuten hat sich längst herumgesprochen, dass derlei verlockende Perspektiven durchaus keine Luftschlösser sind.

Und was fällt uns dazu ein? Nicht genug. Welche Folgen allerdings die jüngsten Entwicklungen in der Türkei seit Sommer 2016 für diese Thematik mittelfristig haben werden, ist derzeit aus meiner Sicht noch nicht abzusehen.

„DAS VIRUS MENSCHLICHER
ZERSTÖRUNGSWUT MÜSSEN
WIR ZURÜCKDRÄNGEN, OB IM
GEWANDE DES RASSISMUS,
DES RELIGIÖSEN EXTREMISMUS
ODER POLITISCHEN
FUNDAMENTALISMUS.“

5. AUSBLICK

Bei all den großen Problemen, die wir hier in Deutschland haben, müssen wir den Blick auf die Ereignisse und Konstellationen schärfen, in denen Migration und Integration funktionieren, sogar gelingen. Denn wir müssen uns diesen Herausforderungen ganz praktisch zuwenden und dabei günstige Konstellationen verstärken helfen, damit sie als Chancen nicht nur be-, sondern auch ergriffen werden.

In meinem Buch schreibe ich, dass der Islam eine dynamische Religion ist. Neue Fragen brauchen neu zu entwickelnde Antworten und erlebbare Diskurse darüber. Wir brauchen keine Fundamentalisten, keine Islamisten, eigentlich überhaupt keine -isten. Wer die Kraft des Guten für alle Menschen einzubringen bereit ist, sagt: Geht raus und helft den Menschen (nicht den Muslimen allein) und lasst ihnen die „Kraft des Guten“ angedeihen oder, wie es im Koran heißt: „Das Gute tun, und das Schlechte verwehren“. Den Islam nicht als Ideologie, sondern als Lebensweise begreifen, nicht wie die meisten muslimischen Bewegungen, die leider das genaue Gegenteil propagieren und deshalb großen Anteil an den Fehlentwicklungen haben. Wir brauchen also wieder mehr Menschen, die Gutes tun, und keine Ideologen. Wir brauchen keinen Islam à la Lenin, sondern à la Ghandi.

Die Thora, das Evangelium, die humanistische Tradition und der Koran, sie alle sprechen von der Würde des Menschen – jedes Menschen –, die es zu achten und zu verteidigen gilt. Diese Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist ein hohes Gut unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung, deshalb zielt sie auch unsere Präambel im Grundgesetz. Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Gerechtigkeit und Menschenrechte müssen stets aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Das Virus menschlicher Zerstörungswut müssen wir zurückdrängen, ob im Gewande des Rassismus, des religiösen Extremismus oder politischen Fundamentalismus. Und besonders wir Muslime haben ein vitales Interesse, dem religiösen Extremismus in den eigenen Reihen entgegentreten.

Was wir brauchen, sind Menschen, die Zuversicht, Barmherzigkeit, Solidarität und Nächstenliebe verbreiten und leben. Jene Nicht-Selbstgefälligen, die versuchen, der Welt ein wenig mehr Frieden zu geben. Gott, lass mich ein radikaler Gutmensch sein – ja, ich weiß, das ist der härteste Dschihad. Der hört sich nach Anstrengung an, nach richtiger Arbeit, gar nicht verlockend oder etwas für Naivlinge, Blauäugige oder Weiचेier. Letzteres wird ja gerne von unseren Zynikern der Nation unterstellt. Aber ich glaube, sie verstecken dahinter, wie die Extremisten, nur ihr Nichtstun und ihren Nichteinsatz für den Frieden, der im Kleinen, und zwar zu Hause, am Arbeitsplatz, am Marktplatz, in der Kirche, Synagoge oder Moschee oder im Deutschen Bundestag beginnt und sich entwickeln kann.

Der Islam ist für mich nicht exklusiv, sondern gehört allen Menschen und nicht dem Muslim alleine. Islam ist auf keinen Fall wie eine Automarke oder ein Abzeichen zu verstehen. Er ist auch keine Ethnie. Menschen tun Gutes. Wenn etwas Gutes getan wurde, ist für die Tat als solche unerheblich, ob es ein Muslim getan hat oder ein Nichtmuslim.

Wir sollten den Islam in unseren Herzen und Köpfen nicht mehr exklusiv verstehen, wir müssen das Wort Exklusivität durch das Wort Verantwortung ersetzen, und dann ist klar, was gemeint ist. Oder mit der koranischen Zuschreibung unseres Propheten und aller anderen Menschen, die sich dem Frieden widmen, dass sie „als Zeugen“ für die Menschheit gelten. Das Subjekt meiner Arbeit (mein Gegenüber) muss ich lieben lernen, ansonsten findet meine Botschaft nicht sein Herz.

Diese Debatten müssen jetzt in unseren eigenen Reihen geführt werden, nicht in Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft; ansonsten verkennen wir die Tragweite unserer Probleme. Wir müssen als „Zeugen“ für diese, unsere einzige Gesellschaft eintreten, denn wir haben keine andere. Haben wir den Mut dazu?

Die Bereitschaft ist also keine akademische Übung, sondern eine Überlebensfrage für die Muslime in Deutschland, damit wir unsere inneren Fehleinschätzungen beseitigen, unsere emotionalen Brennpunkte neu definieren und unsere Reputation vor Gott, dem Schöpfer, neu erlangen können.

Auf diesem Weg werden natürlich immer wieder Fehler gemacht, denn der Mensch ist fehlbar und vergisst. Auf Arabisch heißt Mensch *Inssan*, das Verb dazu ist *nassa* und bedeutet vergessen. Demnach ist der Mensch ein Vergesslicher, ein Geschöpf der Vergesslichkeit. Gott weiß das, schließlich hat er uns erschaffen, und er übt Nachsicht. Er erinnert uns auf wundervolle Weise immer wieder daran. Wenn wir hinfallen, macht das also nichts, tragisch ist nur, wenn wir nicht wieder aufstehen und uns in unserem Mensch-sein vergessen.

In meinen Augen ist es eines der so dermaßen wichtigen Ansatzpunkte, dass wir mit unseren Beiträgen nicht die Gruppe derjenigen verstärken, die Migration und Integration als die großen Probleme dieses Jahrzehnts darstellen, nur um sie zu dämonisieren und mit den daraus resultierenden Ängsten Wasser auf die eigenen Mühlen zu lenken.

Nein, arbeiten wir gemeinsam daran, dass die Dialoge der Kulturen zu lebendigen Begegnungen zwischen unterschiedlichen Menschen werden können. ■

ZUM WEITERLESEN:

AIMAN MAZYEK:

„WAS MACHEN MUSLIME AN WEIHNACHTEN?

ISLAMISCHER GLAUBE UND ALLTAG IN DEUTSCHLAND“

C. BERTELSMANN – ISBN 978-3-570-10280-0

INTEGRATION DURCH BILDUNG – WAS KANN UND MUSS SCHULE LEISTEN?



Lamya Kaddor
Islamwissenschaftlerin und Autorin

An kaum einem anderen (Lern-)Ort kann man das Miteinander unterschiedlichster Gruppen besser beobachten, analysieren und erlernen als in der Schule. Eine Schule im soziologischen Sinne spiegelt im Kleinen unsere gesellschaftliche Realität wieder, aber ist viel ehrlicher, viel klarer und viel fairer. In der Schule lernt man Unterrichtsstoff, aber in der Schule lernt man auch, wer man ist und was einen ausmacht. Die Schule soll den jungen Menschen befähigen, mit anderen zu kommunizieren, zu streiten und Position zu bestimmten Dingen zu beziehen. Schule prägt die Persönlichkeit des Einzelnen und die damit wiederum auch das Schulkollektiv. Weitergedacht, prägt Schulerziehung auch das gesellschaftliche Zusammenleben. Aus Schülern von heute werden schließlich Bürger von morgen.

Schule ist der zentrale Ort für die Bildung einer Gesellschaft – im doppelten Wortsinn. Schule ist die erste Anlaufstelle für die Umsetzung integrativer Konzepte. Sie kann vieles leisten, ist aber auch kein Allheilmittel. Der Bildungsauftrag ist und bleibt Schwerpunkt von Schule. Aber Schule zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist auch nicht mehr Schule zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Umgebung hat sich verändert, die Gesellschaft hat sich verändert, und damit kommen auf eine Schule auch mehr Herausforderungen zu. Die wohl deutlichste Veränderung ist die Heterogenisierung der Schülerschaft. Der Anblick einer deutschen Schulklasse im Jahr 2016 hat nichts mit dem Anblick einer deutschen Schulklasse von 1916 oder 1966 zu tun. Schule allein auf ihren Bildungsauftrag zu reduzieren und davon auszugehen, dass die Empfänger der Lehrinhalte eine homogene

Masse zu sein haben, geht an der Realität vorbei. Gewiss kann Schule nicht als Korrektiv für alles herhalten. Lehrerinnen und Lehrer können gesellschaftliche Probleme nicht im Alleingang beheben. Wir stehen vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Integration im Sinne von Partizipation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit Stand heute ist die Schule aber auch nur bedingt dazu befähigt, ihre spezifischen Aufgaben im Bereich Integration zu erfüllen. Die vorliegende Gedanken-skizze wird das weiter ausführen.

ERFOLGREICHE INTEGRATION?

Um Integration in der Schule als erfolgreichen Prozess für Individuum und Kollektiv zu meistern, muss erfolgreiche Integration definiert werden. Worauf soll eine Schule im Hinblick auf Integration denn hinarbeiten?

Der Integrationsexperte Klaus Bade definiert Integration als „einen langfristig laufenden, wesentlich eigen-dynamischen, mitunter generationenübergreifenden Kultur- und Sozialprozess mit fließendem Eingang und fließenden Grenzen zur Assimilation (die sich dabei individuell in höchst unterschiedlicher Form ergeben kann, aber nicht ergeben muss und vor allem nicht „von oben“ eingefordert werden kann).“⁴¹ Das scheint eine ernüchternde Erkenntnis hinsichtlich der Bemühungen zu sein, den Integrationsprozess zu steuern. „Einfordern“ ist aber in der Tat nicht die einzige Möglichkeit der Intervention. Der Integrationsprozess ist in der Tat nicht einforderbar, aber er kann begleitet werden. Inzwischen klingt es ziemlich abgedroschen, wenn jemand davon spricht, Integration sei keine Einbahnstraße. Es ist eine Binsenweisheit, dass Integration sowohl von der Minderheit, als auch von der Mehrheit Leistungen abverlangt. Trotzdem hat dies bislang kaum jemand internalisiert. Integration bedarf die Bereitschaft zur Anpassung der einen Seite und die Bereitschaft zur Aufnahme der anderen Seite. Diese Bereitschaft zur Aufnahme umfasst unabdingbar die Bereitschaft, eine

Veränderung der eigenen Umgebung in Kauf zu nehmen. Wenn etwas Neues hinzukommt, verändert sich das Ganze. So plattitüdenhaft das wirkt, so sehr mangelt es im gesellschaftspolitischen Diskurs genau an der Thematisierung dieser Facette von Integration. Der Fokus liegt seit jeher in der komplementären Facette – nämlich die Ansprüche an die Minderheit: Wer kommt, muss sich anpassen. Einwanderer müssen gefördert und gefordert werden. Neuankömmlinge müssen die geltende Rechtsordnung übernehmen, sich der Wert und Normen anpassen, gewisse religiöse und kulturelle Eigenheiten gegebenenfalls ablegen etc. Politiker aller Parteien gehen diese Forderungen leicht von den Lippen – bei den einen häufiger als bei den anderen. Diese Forderungen sind auch richtig, aber eben nur ein Teil der Wahrheit. Den anderen Teil der Wahrheit trauen sich wiederum Politiker aller Parteien zu selten auszusprechen. Denn das würde bedeuten, der Mehrheit etwas abzuverlangen – also jenen, von denen man bei Wahlentscheidungen potenziell die meisten Stimmen zu erwarten hätte.

GESELLSCHAFTEN IM WANDEL

Die Mehrheitsgesellschaft muss darauf vorbereitet werden, dass unter freiheitlich-demokratischen Maßstäben im Zeitalter der Globalisierung ein Wandel der Gesellschaft unumgänglich ist. Es muss erlernt werden, was dieser Wandel für jeden einzelnen bedeutet. Es muss erlernt werden, dass die Präsenz von Menschen aus anderen Ländern, mit anderen Religionen und Kulturen selbstverständlich ist. Es muss erlernt werden, den Menschen hinter der dunkleren oder helleren Haut, hinter der Kopfbedeckung oder dem unterschiedlichen Kleidungsstil zu sehen. Diese Mentalitätsfrage ist im Grunde der Hauptaspekt im Hinblick auf die Frage, was die Mehrheitsgesellschaft leisten muss, wenn Integration eben keine Einbahnstraße ist. Der erste Schritt ist, diesen unumkehrbaren Wandel zu benennen und zu erklären. Das ist zunächst einmal die Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft. Bislang haben sich Politik und Zivilgesellschaft hinter der Annahme versteckt, Einwanderer seien ein partielles Phänomen, mit dem man sich beschäftigen kann, aber nicht muss. Die Globalisierung lehrt inzwischen auch die Deutschen, dass dem nicht so ist.

Für dieses Ziel müssen Bildungskonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Ein gänzlich neues Arbeitsfeld muss dazu aufgebaut werden, das Konzepte einschließt, die die Entstehung von Ausgrenzung und Rassismus

„DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT MUSS DARAUF VORBEREITET WERDEN, DASS UNTER FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN MASSSTÄBEN IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG EIN WANDEL DER GESELLSCHAFT UNUMGÄNGLICH IST.“

thematisieren, die Fragen von Identität im Zeitalter der Globalisierung aufgreifen, die politischen Hintergründe von Emigration und Immigration beleuchten, die Prozesse interkulturelle Psychologie analysieren.

Das sind Aufgaben für Theorie und Praxis: Studieninhalte müssen entwickelt, Unterrichtsmethoden und Lehrpläne erarbeitet werden. Interkulturelle Kompetenz darf im Bildungsbereich nicht mehr nur ein Sparteninteresse sein, dem man sich nur dann gezielt widmet, wenn man einen Bezug dazu hat. Interkulturelle Kompetenz muss maßgeblicher Bestandteil der Ausbildung aller Menschen in sozialen Berufen sein – vom Grundschullehrer bis zum Altenpfleger.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DEN INTEGRATIONS-PROZESS

Bevor jedoch Integration als gesamtgesellschaftlicher Prozess gelingen kann, bedarf es einer Einigung über die Rahmenbedingungen. Im Besonderen sind hier die politischen Rahmenbedingungen gemeint. Dafür muss sich strukturell einiges ändern. Das Thema Einwanderung und Integration ist derzeit von der frühkindlichen Bildung über die Schule und Universität bis hin zu Arbeitsmarkt und Sicherheitsfragen ein Spielball verschiedener Ministerien auf Landes- und Bundesebene, untergeordneter Behörden oder eingerichteter Arbeitsgruppen und Kommissionen. Es fehlen klare Zuordnungen und Zuständigkeiten. Diese Problematik wurde insbesondere im Sommer und Herbst 2015 deutlich, als die Zahl der geflüchteten Menschen, die nach Europa gekommen sind, drastisch anstieg. Konkret heißt das: Um den politischen und administrativen „Wildwuchs“ in diesem Bereich zu organisieren, ist eine Bündelung der Aufgaben und Ressourcen nötig und dazu sollte die Politik in absehbarer Zeit ein Einwanderungs- und

Integrationsministerium bilden. Dort wäre das derzeitige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit allen seinen Aufgaben anzuschließen. Die Kompetenzen des BAMF dürften den Start eines solchen Hauses erheblich vereinfachen.

Der Status quo ist das Ergebnis der jahrzehntelangen nachhaltigen Weigerung politisch Verantwortlicher, Deutschland als Einwanderungsland zu sehen und das Thema deshalb nicht mit einem eigenen Ministerium aufzuwerten. Noch heute spielen solche Überlegungen eine zentrale Rolle. Dabei grenzt es an Realitätsverweigerung, den Status eines Einwanderungslandes in Bezug auf Deutschland immer noch zu bezweifeln. Laut einer Untersuchung der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) von 2014 ist Deutschland nach den USA das zweitgrößte Einwanderungsland unter den damals noch 34 OECD-Staaten (heute sind es 35) - Deutschland liegt also noch vor klassischen Einwanderungsländern wie Kanada oder Australien.²

Ein deutsches Einwanderungs- und Integrationsministerium könnte federführend die Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien gestalten, deren Aufgabenbereiche Berührungspunkte mit der Thematik haben.

DAS THEMA EINWANDERUNG UND INTEGRATION IST DERZEIT VON DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG ÜBER DIE SCHULE UND UNIVERSITÄT BIS HIN ZU ARBEITSMARKT EIN SPIELBALL VERSCHIEDENER MINISTERIEN, UNTERGEORDNETER BEHÖRDEN UND KOMMISSIONEN.

Ein Beispiel wäre das Bauministerium und die so wichtige Städte- und Raumplanung. Stichwort: Segregation - Gentrifizierung - Abandonment. Von einem deutschen Einwanderungs- und Integrationsministerium aus sollte die Auseinandersetzung mit den Ängsten der Bevölkerung vor den Veränderungen geführt werden, hier sollte der Kampf gegen den Rassismus koordiniert sein, von hier aus könnten die interkulturelle Ausrichtung von Studiengängen vorbereitet werden, von hier aus sollten die legalen Einwanderungsmöglichkeiten und die Integrationskurse gesteuert werden. Die erste Arbeits- und Ausbildungsvermittlung, die gerade für die Neuankömmlinge doch erheblich aufwendiger ist, als die übliche Arbeitsvermittlung unter dem Dach der Bundesagentur für Arbeit, könnte ebenfalls von hier aus erfolgen.

Die nötigen bildungspolitischen Impulse könnten von dort ausgehen. Die Gesellschaft benötigt weitere Bildungsreformen – mit mehr Stellen für die Jugend-Sozialarbeit, mehr Lehrerstellen, besseren Förderungsmöglichkeiten. Unter den Gruppen der Leidtragenden sind Studien zufolge Zuwanderer und Neu-Deutsche immer wieder vertreten. Hier muss die Politik weiter für größere Chancengleichheit an den Schulen und Kindergärten sorgen – die erforderlichen Impulse könnte ein Einwanderungs- und Integrationsministerium liefern.

Auch die schnellere Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen wird immer dringlicher. Die spezifischen Akzente könnten ebenfalls von einem solchen Ministerium kommen und unterstützend an die Bildungs- und Kultusministerien weitergegeben werden. Barrieren wie das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei der Bildung sollten weichen. Bei der zugrundeliegenden, aus falschem Föderalismusgedanken heraus entstandenen Grundgesetzänderung von 2006, die allein den Ländern die Hoheit über Bildungsaufgaben übertragen hat, ging es vorrangig um machtpolitische Erwägungen³ – auf Kosten von Schülern, Studenten, Lehrern und Wissenschaftlern. Allein mit Blick auf die Bildungsfinanzierung wäre es auch aus Sicht von Integrationspolitik nur angebracht, dass der Bund finanzschwächere Bundesländer unterstützt, wenn dort erhöhter Bedarf aufgrund der Sozialstruktur herrscht oder um bildungspolitische Ideen zu fördern.

Mit einer weitgehenden Herauslösung der Einwanderungs- und Ausländerthematik aus dem Bundesinnenministerium, dem die Auseinandersetzung mit diesen Fragen derzeit weitgehend obliegt, ließe sich auch eine

weitere Stigmatisierung beenden: Durch die Verankerung beim Innenminister wird das Thema Einwanderung immer unter dem Fokus der Sicherheitspolitik gesehen: Fremde sind gefährlich, und müssen überwacht und kontrolliert werden. Leicht springt so eine Sichtweise im Laufe der Zeit auf die Gesellschaft über.

Die Forderungen nach einem Einwanderungsministerium sind nicht neu. Die „Türkische Gemeinde Deutschland“ hat sie schon vor Jahren erhoben. Die Integrationsbeauftragte der schwarz-roten Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), bekräftigt die Forderung, genauso wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, der CDU-Abgeordnete Norbert Röttgen. Und auch der katholische Weihbischof Dieter Geerlings sprach sich bereits ebenso dafür aus wie der Migrationsforscher Klaus Bade oder der Politikwissenschaftler Claus Leggewie. Die Vorbehalte gegen so ein Ministerium sind aber ebenfalls nicht neu. Der ehemalige Ministerpräsident von Thüringen, Bernhard Vogel (CDU), äußerte schon im Mai 2001 in einem Interview polemisch: „Von einem eigenen Ministerium halte ich überhaupt nichts. Das ist eine deutsche Mode. Wenn es ein Problem gibt, wird sofort ein Ministerium dafür gefordert. Die Namen deutscher Bundes- und Länderministerien werden ohnehin schon immer länger, weil man meint, jeden Begriff im Briefkopf des Ministeriums verwenden zu müssen“

Je mehr Zeit verstreicht, bis sich auch der letzte von der Idee überzeugt hat, desto mehr Probleme werden aufgeworfen. Eine zentrale Lehre aus der Geschichte der so genannten „Gastarbeiter“, die ab den 1950er Jahren nach Deutschland kamen, lautet bekanntlich, aus den Fehlern zu lernen. Einer der größten Fehler war sicherlich, dass die Politik Jahrzehnte benötigte, um zu erkennen, dass die „Gäste“ bleiben werden, und noch länger für die Einsicht brauchte, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist und man sich darauf entsprechend einstellen muss – nämlich so lange, bis auch im konservativen Parteienspektrum eine Mehrheit diese Entwicklung nicht mehr komplett leugnen konnte.

Vor einem Einwanderungsministerium sollte aber möglichst ein Einwanderungsgesetz stehen. Aber: „Es findet im Moment ein großes Geschrei um ein Einwanderungsgesetz statt. Ich sehe nicht den geringsten Anlass für ein solches Gesetz“, betonte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann im Herbst 2015. Mit dieser Einstellung scheint man erneut die Fehler zu wiederholen, wie

bei der „Gastarbeiter“-Frage: Realitätsverweigerung bis noch größerer Schaden angerichtet ist. Dabei soll es bei so einem Gesetz nicht darum gehen, Einwanderung zu erleichtern oder zu beschleunigen, sondern darum, sie zu steuern. Einwanderung ist ein Perpetuum mobile, sie wird niemals aufhören.

**VIelfalt muss sich auch
im Lehrerkollegium
widerspiegeln. Die nötige
Sensibilität für Bi- bzw.
Multikulturalität muss sich im
Optimalfall bereits im Studium
entwickelt haben.**

VIelfalt als deutsche Identität

Schule muss auf die oben beschriebenen Herausforderungen Antworten finden und diese aktiv umsetzen. Dafür benötigt man genügend geschultes, vor allem aber ausreichend sensibilisiertes Personal. Vielfalt muss sich auch in einem Lehrerkollegium widerspiegeln. Die nötige Sensibilität für Bi- bzw. Multikulturalität muss sich im Optimalfall bereits im Studium entwickelt haben. Ansonsten kann und muss die jeweilige Schulleitung selbst Weiterbildungsangebote schaffen.

In Deutschland gibt es mindestens 580.000 Schüler mit islamischem Glaubensbekenntnis. Genaue Angaben liegen aufgrund mangelnder Datenerhebungsgrundlagen nicht vor. Die Zahlenangabe gründet sich auf die repräsentative Erhebung „Muslimisches Leben in Deutschland“⁴, auf die sich auch die Deutsche Islam Konferenz beruft.⁵ Nicht zuletzt durch den Zustrom vorwiegend muslimischer Flüchtlinge, insbesondere ab 2015, dürfte die Zahl gestiegen sein.

ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT ALS INTEGRATIONSFAKTOR

Angesichts dieser Vielzahl an Schülern mit islamischem Glaubensbekenntnis an öffentlichen Schulen wäre die Einführung eines flächendeckenden deutschsprachigen islamischen Religionsunterrichts wichtig für das gesellschaftliche Miteinander in Deutschland. Das gilt

zwar auch im Hinblick auf andere religiöse Minderheiten in der Schule. Wegen der quantitativen Größe – der Islam ist die zweitgrößte Religionsgemeinschaft der Welt und in Deutschland – und der permanenten Präsenz des Themas Islam im öffentlichen Diskurs entfaltet diese Überlegung in Bezug auf Muslime jedoch eine höhere Relevanz. Darüber hinaus dient Islamunterricht zur Identitätsfindung von muslimischen Schülerinnen und Schülern. Die integrative Kraft des Islamunterrichts wirkt im Wesentlichen auf fünf Ebenen:

NOCH IMMER GIBT ES ZU WENIGE ISLAMISCH-THEOLOGISCHE UND RELIGIONSPÄDAGOGISCHE LEHRSTÜHLE IN DEUTSCHLAND, UND DIE DIDAKTISCHE AUSBILDUNG LASST ZU WÜNSCHEN ÜBRIG.

1. DIE SPRACHLICHE EBENE: Der Unterricht fördert die Sprachbeherrschung in Bezug auf den Islam und sein spezifisches Vokabular. Die meisten muslimischen Jugendlichen unterhalten sich nur in der Muttersprache über ihren Glauben. Das notwendige deutsche Vokabular, um sich mit anderen, vielleicht nicht-muslimischen Mitmenschen auszutauschen, fehlt beinahe völlig. Erst die Sprachfähigkeit ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, zu einer gefestigten Identität zu finden und sich damit besser zu integrieren. Wenn ihnen etwa zu Beginn meines Unterrichts noch die deutsche Vokabel «Prophet» fehlte, so sind meine Schüler mittlerweile in der Lage, Fragen nach ihrem Glauben zu beantworten, ohne Angst zu haben, dass sie ein Wort nicht kennen und deshalb als minderwertig angesehen werden.

2. DIE SCHUL- UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE EBENE: Dadurch, dass der islamische Religionsunterricht parallel zum christlichen Religionsunterricht angeboten wird, nehmen Schülerinnen und Schüler ihn als gleichberechtigte und vollwertige Unterrichtsform an. Damit erhöht sich ihr Selbstwertgefühl, und sie müssen sich nicht mehr die Frage stellen, warum es eigentlich im pluralistischen Deutschland nur christlichen Reli-

gionsunterricht gibt. Der Anspruch auf die Einführung eines flächendeckenden islamischen Religionsunterrichts hängt nach verbreiteter Auffassung über Grundgesetz Art. 7, Abs. 3 von der staatlichen Anerkennung der Religionsgemeinschaft auf Landesebene ab. Noch steht diese Anerkennung aus. Sollte sie aber erfolgen, dann wirkt sie für die über fünf Millionen Muslime als gesellschaftspolitisches Signal, dass der Islam tatsächlich in Deutschland angekommen ist.

3. DIE THEOLOGISCH-POLITISCHE EBENE: Der bisher so gut angelaufene islamische Religionsunterricht kann Radikalisierungsprozessen bei muslimischen Jugendlichen entgegenwirken, indem er ein tolerantes, transparentes und modernes Verständnis vom Islam in all seinen Facetten vorstellt. Er liefert ein Korrektiv für das traditionelle Verständnis der Religion und einen Spiegel für die eigenen Auffassungen und zeigt, dass es im Islam ganz unterschiedliche Positionen gibt. Glaubwürdig kann dies allerdings nur in einem Religionsunterricht geschehen, der ordentliches Lehrfach (nach GG Art. 7, Abs. 3) ist; eine bloße Islamkunde hätte früher oder später ein Legitimationsproblem.

Damit der Unterricht seine Ziele erreichen kann, spielen die Lehrperson, das Unterrichtsmaterial und die Schulatmosphäre eine Rolle. Die Lehrperson sollte sowohl theologisch als auch fachdidaktisch qualifiziert sein. Noch immer gibt es zu wenige islamisch-theologische und religionspädagogische Lehrstühle in Deutschland, und die didaktische Ausbildung lässt zu wünschen übrig. Unter den Unterrichtsmaterialien versuchen Schulbücher wie «Saphir» oder «Mein Islam» zwischen Religion und Alltag in Deutschland zu vermitteln. Durch sie soll ein positives, weltoffenes und tolerantes Islambild vermittelt werden, um den jungen Muslimen in Deutschland zu einer (neuen) Identität zu verhelfen. Schließlich spielt die Schulatmosphäre eine wichtige Rolle. Das Fach sollte im Stundenplan den gleichen Stellenwert wie die anderen Fächer haben.

4. DIE INNERISLAMISCHE EBENE: Durch den deutschsprachigen Islamkundeunterricht wird erstmals allen muslimischen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten, in einer gemeinsamen Sprache und herkunftsunabhängig am Unterricht teilzunehmen. Dies stärkt nicht nur den Gemeinschaftssinn der Schüler, sondern auch die Fähigkeit, offen über theologische Differenzen zu sprechen und zu streiten. Eine solche Dialog- und Diskurskultur kennen viele bedauerlicherweise noch nicht. Es werden eher die Unterschiede zu

anderen Muslimen wahrgenommen. Ein anschauliches Beispiel für innerislamische Differenzen ist der Fastenmonat Ramadan. Die Diskussionen, wann der Fastenmonat beginnt und wann er endet, werden jedes Jahr in der muslimischen Welt – auch hier in Deutschland – lebhaft geführt. Das führt bei der Mehrheit der Muslime dazu, immer mehr die Unterschiede zu suchen und (nur) sich selbst als die «richtigen» Muslime zu verstehen.

5. DIE INTERRELIGIÖSE UND INTERKULTURELLE EBENE:

Je mehr muslimische Kinder und Jugendliche in die Lage versetzt werden, ihren eigenen Glauben, ihre Kultur und Tradition in Deutschland und Europa kennenzulernen, desto offener werden sie für andere Lebensformen, Religionen und Menschen. Nur wer sich selbst kennt und akzeptiert, kann auch andere wahrnehmen und akzeptieren. Zu Beginn des Unterrichts wurde ich für naiv gehalten und meine Überzeugung als falsch abgetan, wenn es um die Toleranz gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden ging. Es war nicht einfach, die Schüler davon zu überzeugen, dass der starre Islam, den sie kannten, wenig mit dem Islam zu tun hat, den der Koran und Muhammad vermitteln wollten.

Ich konfrontierte die Schüler einmal mit einer der bekanntesten Passagen aus dem Koran zum interreligiösen Dialog: «Diejenigen, die glauben – auch Juden, Christen und Sabäer –, diejenigen, die an Gott und den Jüngsten Tag glauben und richtig handeln, die erhalten ihren Lohn von ihrem Herrn. Sie brauchen keine Angst zu haben, und sie werden nicht traurig sein.» (2:62) Natürlich gab es einige Schüler, die wussten, wie sie diesen Vers möglichst fundamentalistisch «auslegen» müssen, um alle anderen in der Hölle zu wissen. Meist wird dabei ein Unterschied gemacht zwischen denjenigen, die vor der Verkündigung Muhammads anders geglaubt haben, und denjenigen, die danach an einem anderen Glauben festgehalten haben. Die erste Gruppe habe nichts zu befürchten, die zweite komme in die Hölle. Je länger ich mit den Schülern zum Thema Gottesverständnis und Koran arbeitete, desto mehr änderte sich ihre Perspektive – und bei einigen nach einiger Zeit auch das Verhalten gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden. Gelegentlich habe ich während der Pausenaufsicht nicht mehr das übliche Bild der Gruppenbildungen vor mir. Es scheint für einige auf einmal auch möglich, ohne Zwang zu den «Deutschen» oder zu den «Türken» zu gehen.

ES WAR NICHT EINFACH, DIE SCHÜLER DAVON ZU ÜBERZEUGEN, DASS DER STARRE ISLAM, DEN SIE KANNTEN, WENIG MIT DEM ISLAM ZU TUN HAT, DEN DER KORAN UND MUHAMMAD VERMITTELN WOLLTEN.

Doch auch ein islamische Religionsunterricht bedarf bestimmter Kriterien, um im Sinne einer positiven Integration entsprechend wirken zu können. Dabei steht die Erziehung zur religiösen Mündigkeit im Vordergrund. Im Wesentlichen müssen in einem islamischen Religionsunterricht Schüler dazu befähigt werden:

- Schülerinnen und Schüler sollten religiöse Inhalte nicht unhinterfragt übernehmen. Sie brauchen Aufklärung über die Entstehungsgeschichte des Korans, der Hadithe und der übrigen Rechtsquellen.
- Sie sollten auf altersgemäße Weise die historische Lesart des Korans begreifen.
- Sie müssen lernen, kritische Fragen zu stellen und ihr Leben selbstbestimmt zu führen.
- Sie sollten verstehen, dass es Imame, Gelehrte und Eltern gibt, die all das nicht wollen, weil sie die Deutungshoheit und damit die Macht über die Menschen behalten wollen.
- Sie müssen lernen, ihre Religion auf Deutsch zu erklären, weil nur so Aufklärung betrieben werden kann, sowohl in Richtung der muslimischen als auch der nicht-muslimischen Gesellschaft.

Aus Sicht der Schülerinnen und Schüler lassen sich die Ziele und Erwartungen so formulieren:

- Ich lerne die Grundüberzeugungen meiner Religion nach einem weitgehend neutralen (weil staatlich genehmigten) Lehrplan kennen und erlange theologisches Wissen.

- Ich lerne nicht nur die rituellen Praktiken und Dogmen meiner Religion kennen, wie es – ähnlich dem christlichen Konfirmandenunterricht – in vielen Koranschulen geschieht.
- Ich lerne durch das erlangte Wissen über meine eigene Religion auch die Religion anderer Menschen besser kennen.
- Ich lerne, mit meinen muslimischen Glaubensüberzeugungen in der modernen Welt zu leben, ohne in innere Konflikte zu geraten.
- Ich lerne, meine eigenen Glaubensüberzeugungen zu analysieren und einzuschätzen.
- Ich lerne, religiöse Belehrungen von Erwachsenen und vermeintlichen Experten kritisch zu hinterfragen.
- Ich lerne, mit Anfeindungen, Pauschalisierungen, Vorurteilen gegenüber meiner Religion umzugehen und ihnen in demokratischer Weise zu begegnen.
- Ich lerne vielleicht auch, mich für die Weiterentwicklung meiner Religion zu engagieren. Ein Journalist fragte während seines Besuchs in einer meiner Islamkundestunden die Schüler, ob nach ihrer Meinung Nicht-Muslime nach ihrem Tod ins Paradies oder in die Hölle kommen würden. Die spontane Frage des fremden Mannes beantworteten die Zehntklässler unisono damit, dass es ihnen im Grunde nicht zustünde über Dinge zu richten, die nur Gott etwas angingen. Sie selbst hätten keinerlei Tendenz in dieser Frage, zumal sie ja gelernt hätten, dass Gott im Koran alle gläubigen Menschen gleich beurteilt – unabhängig davon, ob sie nun Muslime sind oder nicht. Der Journalist wollte es genauer wissen und bohrte nach, wie es sich denn mit Atheisten verhielte. Auch hier antworteten die Jugendlichen, dass es ihnen eigentlich egal sei, da sie selbst jeden Menschen eher danach beurteilten, wie er handelt, und weniger danach, wie er glaubt. Die Antworten verblüfften mich zunächst, da ich zwei Jahre zuvor noch von den gleichen Schülern belächelt wurde, als ich ihnen die koranischen Aussagen zu anderen Religionen erklärte. Ich wurde von ihnen eher als naiv und unwissend abgestempelt. Aber nach fünf Jahren Unterricht hatten sie offenbar etwas Wichtiges gelernt. Ein guter Islamkundeunterricht kann viel bewirken. Denn ein ernst gemeinter interreligiö-

ser Dialog kann nur dann geführt werden, wenn man früh gelernt hat, dass niemand die absolute Wahrheit kennt und dass der Mensch nur nach dem beurteilt werden muss, was er sagt und tut, und nicht nach dem, wie und ob er glaubt. Religiöse Toleranz ist eine Frage von (theologischer) Bildung und weniger von religiöser Orientierung!

Der von Bundeskanzlerin Angela Merkel organisierte Integrationsgipfel hat auf die Bildungsdefizite von Kindern mit Migrationshintergrund aufmerksam gemacht. Wenn wir über muslimische Schüler sprechen, fehlt in diesen Hinweisen jedoch meist die Perspektive der Religion. Diese muss stärker berücksichtigt werden, um die Jugendlichen zu erreichen. Meiner Meinung nach wird die integrative Kraft des Islamischen Religionsunterrichts in Deutschland immer noch unterschätzt. Besonders vor dem Hintergrund des Terroranschlags ins Ansbach und anderen Orten könnte hier ein islamischer Religionsunterricht dafür sorgen, ein freiheitliches und demokratiekompatibles Islamverständnis zu transportieren.

Allerdings darf die Frage von Integration nicht immer nur mit Deutschen muslimischen Glaubens verbunden bleiben. Angesichts der massiven Einwanderung von über einer Million Flüchtlingen im Jahre 2015 und der großen Anzahl von schulpflichtigen Kindern spielt die Integration dieser Gruppe ebenfalls im Vordergrund. Vielfach wird vergessen, dass es im Nahen Osten ein lebendiges arabisches Christentum, Yezidentum, Drusentum und Alawitentum gab und weiterhin unter erschwerten Bedingungen gibt. Auch christliche, yezidische, atheistische und Menschen mit anderen Weltanschauungen mussten fliehen und haben sich in Deutschland niedergelassen. Sogenannte internationale Vorbereitungsklassen werden an Schulen bundesweit eingeführt, in denen es darum geht, geflohene Kinder zu beschulen und damit auch zu integrieren. Hier müssen unsere Integrationsbemühungen von denselben Bestrebungen wie bei allen anderen Gesellschaftsgruppen sein. Es reicht nicht, sich allein auf die Vermittlung der deutschen Sprache zu konzentrieren. Tatsächlich müssen sich Pädagogen mit dem Selbstverständnis und der Identität der geflohenen jungen Menschen auseinandersetzen. Zum Teil bringen sie ganz eigene Werte mit, für die es sich lohnt, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Aber auch Vorstellungen, die viele Geflohene mitbringen, müssen von uns ernstgenommen und bearbeitet werden. Im Besonderen sind hier ein relativ tra-

ditionelles und patriarchal geprägtes Rollenverständnis, eine intensivere Religionspraxis sowie ein anderes Gesellschaftsverständnis gemeint.

FAZIT

Die Schule von Morgen soll und muss Antworten auf all diese Fragen finden und sie pragmatisch und pädagogisch wertvoll umsetzen. Es muss darum gehen, unsere freiheitliche Grundordnung mit all ihren Rechten und Verpflichtungen zu vermitteln. Dabei soll es nicht um die Vermittlung einer vermeintlichen Leitkultur gehen. In gewissem Sinne sagen uns große Teile der Politik nicht, wo dieses Land heute steht und wie wir es verstehen sollten. Ganz im Gegenteil; es wird an Vorstellungen festgehalten, die in den 1950-er Jahren noch identitätsstiftend waren, aber heute schon längst überholt sind. Wir sprechen in Deutschland immer dann über die „deutsche Leitkultur“, wenn wir Deutsche uns in unserer Identität geschwächt sehen.

Beinahe reflexartig betonen die Deutschen ihre undefinierte Leitkultur, je stärker der Islam oder wahlweise die Muslime sichtbar werden. Wellenartig wird einem der Begriff entgegengehalten. Je nach politischer Lage steigt oder fällt die „Akte Leitkultur“. Vor einigen Jahren wurde der Begriff durch Friedrich Merz populär ins Rennen gebracht, um von einer Art Assimilation von Einwanderern an eine deutsche Leitkultur zu fordern. Das war im Jahr 2000. Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert sollte Recht behalten, als er in diesem Kontext von einer „Kurzdebatte“ sprach. Denn noch immer sprechen wir nicht ganz konkret davon, welche Normen und Gepflogenheiten uns als Deutsche eigentlich ausmachen.

Dabei ist eine intensive Debatte über unsere deutsche Identität gerade jetzt bitter nötig. In Zeiten, in denen innerhalb eines Jahres fast eine Millionen Flüchtlinge ankamen, wöchentlich Flüchtlingsunterkünfte brennen, mehrere Tausend „besorgte Bürger“ zum Protestmarsch blasen oder dschihadistische Salafisten in unseren Innenstädten junge Menschen verführen wollen, sollten wir uns auf ein neues deutsches WIR festlegen.

Doch wie könnte Deutschsein heute aussehen?
Als Deutsche verstehen wir uns als Bürger eines Einwanderungslandes. Das bedeutet, dass unsere Gesellschaft noch viel bunter und kulturell reicher werden wird. Es

bedeutet auch, dass jeder Einzelne von uns, sich damit befassen muss, dass es in Zukunft noch mehr Deutsche mit Migrationshintergrund geben wird, die sich aber genauso einbringen werden und wollen wie vorher. Aber wollen wir das? Ich denke, wir sollten es wollen!

Als Deutsche sollten wir Verfassungspatrioten sein. Abstammung und Spracheigenschaften sollten zwar individuelle Identitätsbausteine sein, aber nicht mehr zu einer kollektiven deutschen Identität gehören. Der Verfassungspatriot leitet seine Identität aus demokratischen Werten ab. Man denke hier an die Achtung der Menschenrechte, an den Schutz der Bürgerrechte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit usw. All das ist deutsch.

Das Beherrschen der deutschen Sprache gehört zum Deutschsein. Aber auch eine gewisse Kenntnis der deutschen Geschichte, dem Holocaust, Migrationsgeschichte und politischen Zusammenhängen sollten uns ausmachen. Dazu müssen Grundkompetenzen übergreifend vermittelt werden. Wir müssen bereits im Vorschulalter Demokratieverständnis und die daraus abgeleiteten Werte vermitteln. Vor allem müssen wir große Teile der herkunftsdeutschen Gesellschaft ebenfalls Demokratie und Menschenrechte vermitteln. Es scheint, als seien einigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern demokratische Spielregeln abhanden gekommen.

Der Feind des Menschen ist Ignoranz. Und der Feind der Ignoranz ist Bildung. ■

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. Klaus Bade, *Nationaler Integrationsplan und Aktionsplan NRW: Aus Erfahrung klug geworden*. ZAR 2007, S.314. Zum Begriff und zu den Erscheinungsformen der Weltgesellschaft vgl. Stichweh, Rudolf (2000): *Die Weltgesellschaft: Soziologische Analysen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

² Vgl. OECD, *Migration Policy Debates: Is migration really increasing?*, Paris 2014, oecd.org/berlin/ismigrationreallyincreasing.pdf.

³ Henrik Scheller, *Der „erschöpfte Föderalstaat“ - Reformdebatte und Verfassungsrealität in Deutschland*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65. (28-30/2015), bpb.de/apuz/209066/der-erschoepte-foederalstaat?p=all.

⁴ Sonja Haug, Stephanie Müssig und Anja Stichs, *Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz*, Forschungsbericht 6, Nürnberg 2009.

⁵ Anja Stichs und Susanne Kappe, 21.11.2011, *Schülerpotenzial für islamischen und alevitischen Religionsunterricht*, deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/DIK/5ReligionsunterrichtSchule/Schuelerpotenzial/schuelerpotenzial-node.html.

VON DER KULTURSENSIBLEN ZUR TRANSKULTURELL KOMPETENTEN PFLEGE: MENSCHEN MIT MIGRATIONSERFAHRUNG VERSORGEN UND BETREUEN



Yvonne Adam
Ethnologin und Gründungsmitglied des
Instituts für Migration, Kultur & Gesund-
heit (AMIKO)



Prof. Dr. Magdalena Stülz
Professorin für Kommunikation und
interkulturelle Kompetenz im Fachbereich
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der
Hochschule Koblenz und Gründungsmitglied
des Instituts für Migration, Kultur & Gesund-
heit (AMIKO)

FACETTEN DER INTERKULTURELLEN ÖFFNUNG UND DER TRANSKULTURELL KOMPETENTEN PFLEGE

Die demografischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Diskurse spiegeln sich auch im Gesundheitswesen und hier speziell im Bereich der Pflege wieder. Die Generation der Migrantinnen und Migranten, die in den 1960er Jahren nach Deutschland gekommen ist, erreicht mittlerweile ein Alter, in dem Pflegebedürftigkeit eine größere Rolle spielt. Das Thema Integration wird nun auch mit Blick auf Zugang zu Angeboten der häuslichen und stationären Versorgung diskutiert, Zugangsbarrieren werden identifiziert und sogenannte monokulturell ausgerichtete Strukturen kritisch hinterfragt. In diesem Kontext erhält das Konzept der interkulturellen Öffnung wieder neue Brisanz.

Bereits in den 1990er Jahren fanden Ansätze der interkulturellen Öffnung Eingang in Pflege Theorie und –praxis. Besonders in der Altenhilfe gab es zahlreiche Bemühungen, Strukturen zu verändern, um Zugangsbarrieren für Migranten abzubauen. So wurde 1999 der „Arbeitskreis Charta für eine kultursensible Altenhilfe“ gegründet, welcher im „Forum für eine kultursensible Altenhilfe“ seine Fortsetzung fand. 2002 wurde das „Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe“ mit der begleitenden „Handreichung“ veröffentlicht.¹ Ziele

sind sowohl ein gleichberechtigter Zugang, als auch eine gleichwertige Qualität von Pflege, Betreuung und Beratung eingewanderter Senioren.²

Neben der Veränderung von Strukturen, beinhaltet die interkulturelle Öffnung auch eine Qualifizierung der Beschäftigten im Gesundheitswesen. In Pflegeberufen wird diese oft unter dem Stichwort „kultursensible Pflege“ umgesetzt und hat zum Ziel, Fachkräften Kenntnisse über Herkunftskulturen von zugewanderten Patienten zu vermitteln. Ein umfassenderer Ansatz in Weiterbildungen basiert dagegen auf dem Erwerb von sogenannter „transkultureller Kompetenz“. Die Vorsilbe „trans“ bezieht sich auf die theoretische Erweiterung des Kulturbegriffes: Ziel ist es, der in der Beschäftigung mit Kultur immanenten Zuschreibung und Stereotypisierung von Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit entgegen zu wirken.³ Transkulturelle Kompetenz wird damit als generelle Schlüsselqualifikation in einer heterogenen und komplexen Welt verstanden.

Neue Aktualität erfährt die Umsetzung der interkulturellen Öffnung durch eine zunehmende Verschärfung der Wettbewerbssituation auf dem Gesundheitsmarkt:

Mit Blick auf eine Attraktivitätssteigerung für Kunden aus dem In- und Ausland wird sie als Marktvorteil gesehen. Auch die Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland könnte strategisch im Sinne einer weiteren Öffnung hinsichtlich zugewanderter Bevölkerungsgruppen genutzt werden, was aber zurzeit ein eher nachrangiger Aspekt der Auslandsrekrutierung zu sein scheint. Primär haben Arbeitgeber damit die Überwindung eines Fachkräfteengpasses zum Ziel.

In diesem Zusammenhang erhält auch das Thema „Kultursensibilität“ eine weitere Dimension: Nicht nur in der Versorgung von Patienten und Bewohnern mit Migrationshintergrund müssen kulturelle Unterschiede beachtet werden, sondern auch in der Konstellation zwischen migrierter Fachkraft und zu Pflegenden oder auch in gemischten Teams. Transkulturell kompetente Pflege hat somit vielfältige Facetten.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG ZUM PFLEGEBEDARF IN DEUTSCHLAND

Laut Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes gibt es 2,63 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland. Davon werden 71% (1,86 Millionen) zu Hause versorgt, 29% (764 000) vollstationär in Heimen. Von den 1,86 Millionen sind 1,25 Millionen Pflegebedürftige von ihren Angehörigen betreut, 616 000 zusammen mit oder durch ambulante Pflegedienste.⁴ Im Vergleich zu früheren Statistiken ergeben sich folgende Tendenzen: Die Anzahl der Pflegebedürftigen steigt, dabei ist ein überdurchschnittliches Wachstum bei den Pflegebedürftigen der Pflegestufe I festzustellen. Die Nachfrage nach Leistungen der ambulanten Pflegedienste wie auch der vollstationären Pflegeheime hat zugenommen.⁵

Zur Pflegequote von Personen mit Migrationshintergrund sind keine Zahlen des Statistischen Bundesamtes bekannt, da der Faktor kulturelle Herkunft nicht gesondert erhoben wird. Tendenzen lassen sich aber aus der vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in Auftrag gegebenen Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“ ableiten: Die Zahl der Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund wird insgesamt mit 8% angegeben. Es gibt deutlich mehr jüngere Menschen mit Migrationshintergrund, die pflegebedürftig sind: 29% der unter 60-Jährigen im Vergleich zu 17% bei den Personen ohne Migrationshintergrund. Zudem existiert eine höhere Zahl der Pflegestufe III: 15% im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund mit 9%.⁶ Eine Zusammenschau dieser Zahlen mit Statistiken zu Arbeitsbedingungen und sozio-ökonomischem

Status macht deutlich, dass Personen mit Migrationserfahrungen häufiger früher pflegebedürftig werden, weil sie gefährdere Berufe ausüben und ein weniger gesundheitsförderliches Verhalten an den Tag legen.⁷

BEDARFE DER ZUGEWANDERTEN: ZUGANGSBARRIEREN ERKENNEN UND ABBAUEN

Für die Pflege und Altenhilfe ergeben sich aus der gesundheitlichen Lage von Menschen mit Migrationshintergrund spezifische Problemfelder: Sprachbarrieren und Informationsdefizite erschweren die Kommunikation, kulturspezifische Gesundheits- und Krankheitskonzepte beeinträchtigen den Behandlungserfolg, die Familienorientierung der Zugewanderten bringt logistische Herausforderungen mit sich, um nur einige zu nennen.⁸ Diese drei ausgewählten Punkte führen wir aus, um exemplarisch aufzuzeigen, wie die gesundheitliche Versorgung verbessert werden kann.

- Inanspruchnahme von Leistungen der Pflegeversicherung: In der Statistik des BMG fällt auf, dass die Gruppe der Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund doppelt so häufig keinen Antrag stellt wie Personen ohne Migrationshintergrund. Hier müssen Sprachprobleme und Informationsdefizite vermutet werden, da der Anteil der Menschen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft überwiegt.⁹ Entsprechend müssten Informationen über die Leistungen der Pflegeversicherung auf eine monokulturelle Sichtweise überprüft werden. Ebenso sollten Übersetzungen der Formulare in die gängigsten Sprachen der Herkunftsländer weiter ausgebaut werden.
- Biografisches Arbeiten in der Kranken- und Altenpflege: Die Forschung zeigt, dass vom schulmedizinischen Denken abweichende, traditionelle oder erfahrungsmedizinische Gesundheits- und Krankheitskonzepte für Patienten handlungsleitend sein können, diese von Fachkräften aber selten erkannt und aufgegriffen werden. Eine Abgleichung der professionellen Diagnose (disease) mit der subjektiven Krankheitserklärung (illness) und der Vorstellung zur Heilung und Pflege können Möglichkeiten eröffnen, Vertrauen in die Therapie zu stärken und die Mitwirkung der Patienten und Bewohner zu fördern.¹⁰ Da die Lebensgeschichte die Wahrnehmung der Gesundheit insbesondere im fortschreitenden Alter beeinflusst, können vor allem biografische

Methoden Zugang schaffen.¹¹ Mehr Forschung zu krankmachenden Faktoren, aber auch Ressourcen in der Migration sind von Nöten, um migrations- bzw. milieuspezifische Risiken in den individuellen Biografien der zu Betreuenden beachten zu können.

- Pflege von Angehörigen: Im Bericht des BMG ist zudem ausgeführt, dass sich jeder zweite Pflegehaushalt mit Migrationshintergrund wünscht, die pflegebedürftige Person selbst zu versorgen. Der Anteil der Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund, die alleine leben, ist deutlich geringer: 21% gegenüber 35% der zu Pflegenden ohne Migrationshintergrund.¹² Im demografischen Verlauf wird durch wegbrechende Familienunterstützung eine Angleichung erwartet.¹³ Hier gilt es, sich über die kulturelle Bedeutung des Familienzusammenhaltes Gedanken zu machen. Viele Berichte und Untersuchungen zeigen, dass es bspw. Menschen aus der Türkei besonders schwer fällt, ihre Angehörigen in eine Einrichtung zu geben, da für Kinder der Ehrenkodex gilt, die Eltern zu versorgen.¹⁴ Das bedeutet, dass ambulante Dienste ausgebaut werden müssen, um Familien zu entlasten. Auch benötigt das Fachpersonal kulturspezifische oder transkulturelle Kompetenzen um zielgruppenspezifische Bedürfnisse aufgreifen zu können. Beim Aufbau einer quartiersbezogenen Altenhilfe kann die Zusammenarbeit mit (Kultur-)Vereinen eine wichtige Unterstützung sein.¹⁵

BEDARFE DER PFLEGEKRÄFTE: MUSLIMISCHEN PATIENTEN BEGEGNEN

Der „fremde Patient“ ist im Gesundheitswesen häufig eine eigene Problemkategorie. Verhaltensweisen erscheinen auffällig oder störend, Bedürfnisse sonderbar und Denkweisen unverständlich und nicht nachvollziehbar. Der Prototyp des „Fremden“, so zeigt die soziologische Forschung schon seit vielen Dekaden,¹⁶ ist der „Migrant“. Auch die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ hat daran bis heute nichts geändert, vielleicht sogar zur Verfestigung des Bildes des „fremden Zuwanderers“ beigetragen. Seit einigen Jahren werden die gesellschaftlichen Diskurse über Fremdheit und Zuwanderung dominiert von – meist stereotypen – Vorstellungen über den Islam. Hier wird eine scheinbar unüberwindbare Fremdheit konstruiert: „Es ist die nach westlichen Maßstäben beurteilte Fremdartigkeit der islamischen Religion, die zunehmend zum Problempo-

tenzial deklariert wird, wodurch ein problematisches Verhältnis zum Islam hergestellt bzw. aufrechterhalten wird“.¹⁷

Diese öffentlichen Diskurse über Fremdheit und die zunehmende Fokussierung auf Muslime spiegeln sich auch im Gesundheitswesen, wie ein Blick in pflegespezifische Fachliteratur zeigt. Erweist sich hier Religionszugehörigkeit generell als sehr präsente Fremdkategorie, die herangezogen wird, um pflegerelevante Themen wie Ernährung, Körperpflege oder die Begleitung Sterbender in ihrer Vielfalt darzustellen,¹⁸ so nimmt dabei wieder der Islam eine prominente Position ein. Viele Publikationen greifen diese öffentlichen und innerdisziplinären Diskurse auf und tragen damit zur Persistenz der Problemkategorie „muslimischer Patient“ bei.¹⁹ Da in Deutschland türkischstämmige Menschen den größten Anteil der Muslime stellen, liegt hier ein eindeutiger Schwerpunkt auf muslimischen türkischen Patienten.²⁰ Kultursensible Pflege, so der Eindruck beim Blick in die Pflegeliteratur, ist also vor allem in der Betreuung von muslimischen Patienten vonnöten.

„IN DER PFLEGE MUSS NEBEN KULTURSPEZIFISCHEN KENN- NISSEN AUCH WISSEN ÜBER DIE KOMPLEXITÄT UND DIE VIELFALT VON LEBENSWELTEN VERMITTELT WERDEN.“

Martin Kohls vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge spricht von interkulturellen bzw. Werte-Konflikten in der Arbeit mit Muslimen, die die Umgangsformen, Interaktionsweisen, Lebensgewohnheiten und das Krankheits- und Pflegeverständnis betreffen.²¹ Diese in der Praxis stark verankerte Wahrnehmung spiegelt sich auch in Schulungen, die das Institut für Migration, Kultur und Gesundheit (AMIKO) seit vielen Jahren im Gesundheitswesen durchführt. An vielen Beispielen aus dem Pflegealltag zeigen sich Alltagserfahrungen, die als „Probleme mit muslimischen Patienten“ subsummiert werden.

Eine junge Altenpflegerin berichtet, dass ein älterer, bettlägeriger muslimischer Patient es ablehnte, sich von ihr waschen zu lassen. Sie schloss daraus, dass muslimische Männer Frauen nicht akzeptieren und fühlte sich missachtet. Ihre Vorgesetzte klärte sie daraufhin über Schamgefühle zwischen Mann und Frau in islamischen Ländern auf und veranlasste, dass der Patient nun immer von einer männlichen Pflegekraft betreut wird. Eine weitere Kollegin, die gerade an einer Schulung teilgenommen hatte, vermutete darüber hinaus, dass es der Patient gewohnt war, sich unter fließendem Wasser zu waschen und sich seine Ablehnung auf das Waschen mithilfe einer Waschschüssel (stehendes Wasser) bezog.

Eine Krankenschwester erzählt von einer muslimischen Patientin, die nach einem Arbeitsunfall immer wieder über diffuse Schmerzen klagte, obwohl ihr Befund unauffällig war. Im Dienstzimmer habe man das „Morbus Bosporus Syndrom“ für die Schmerzbekundungen verantwortlich gemacht: Vor allem türkische Patienten würden ständig klagen, dass ihnen „alles weh“ tue, sie seien eben viel wehleidiger als Deutsche.

Diese Beispiele zeigen, dass im Pflegealltag „muslimischer Patient“ eine Setzung darstellt, die vielfältige Problemaspekte zusammenfasst: Sie beinhaltet Kommunikationsschwierigkeiten, wenn Patienten nur über geringe Deutschkenntnisse verfügen. Sie umfasst Gewohnheiten zur Körperpflege, zu Ernährungsweisen, den Umgang mit Schmerzen oder auch Formen familiärer Unterstützung. Eine spezifische Wissensvermittlung über den Islam und verschiedene Lebensweisen und Traditionen in muslimischen Ländern wird hier überwiegend als sehr hilfreich empfunden. Eine patientenbezogene Pflege macht es jedoch erforderlich, allgemeine Kategorien nur als Hilfsmittel zu nutzen, um individuelle Bedürfnisse und Verhaltensweisen in einen größeren Kontext stellen zu können. Das bedeutet, dass Konstruktionen, wie „der muslimische Patient“, nicht dazu führen dürfen, Patienten zu stereotypisieren und sie einer vermeintlich homogenen Gruppe zuzuordnen. In der Pflege muss neben kulturspezifischen Kenntnissen auch Wissen über die Komplexität und die Vielfalt von Lebenswelten vermittelt werden. Eine Anekdote aus dem multikulturellen Seniorenzentrum in Duisburg soll dies unterstreichen: Der

Heimleiter Ralf Krause berichtete im WDR, dass einige muslimische Bewohner das mediterrane Frühstück in der Einrichtung ablehnten. Dies sei zwar als Erinnerung an die alte Heimat gut gemeint, aber Einzelne hätten sich während ihres Jahrzehnte langen Aufenthaltes in Deutschland an Brot mit Marmelade gewöhnt.²²

TRANSKULTURELLE KOMPETENZ ALS SCHLÜSSELQUALIFIKATION IN EINER GESELLSCHAFT DER VIELFALT

In der theoretischen Debatte der Kultur- und Sozialwissenschaften wird versucht, dem Dilemma zwischen dem Herausheben einer Kulturspezifität und der Gefahr der Kulturalisierung zu entkommen. Mit dem Begriff der transkulturellen Identität greift der Philosoph Wolfgang Iversen kulturelle Mischungen und Verflechtungen auf und überwindet einen Kulturbegriff, der Homogenität und Separiertheit suggeriert.²³ Er hebt hervor, dass Lebensformen nicht mehr an den Grenzen der Nationalkulturen enden, sondern diese überschreiten und sich ebenso in anderen Kulturen finden. „Es ist zu einer muffigen Annahme geworden“, so Iversen, „dass die kulturelle Formation eines Individuums schlicht durch dessen Heimat oder Nationalität bzw. Staatsangehörigkeit bestimmt sein müsse“.²⁴

Auf dieser Grundlage hat Domenig das Handlungsmodell der transkulturellen Kompetenz für Pflege- Gesundheits- und Sozialberufe entwickelt.²⁵ Da nicht die Kulturen gepflegt werden, sondern einzelne Individuen, stellt sie die Interaktion zweier Menschen in den Mittelpunkt. Diese wird getragen von den drei Säulen Wissen und Erfahrung, Selbstreflexion und (narrative) Empathie. Sehr verkürzt könnte sich die transkulturelle Kompetenz im Hinblick auf muslimische Patienten wie folgt zeigen:

1. (Theoretisches) Wissen über den Islam und Lebensweisen in islamischen Ländern wird durch eigene Erfahrungen mit Muslimen (in der Pflege) ergänzt.
2. In einem wertneutralen Vergleich wird die eigene Haltung und Position zu bestimmten Themen und Handlungsfeldern reflektiert (Selbstreflexion, das Bewusstsein der eigenen „kulturellen Brille“).
3. Im Austausch mit muslimischen Patienten kann gegenseitiges Verständnis aufgebaut (narrative Empathie), können gemeinsame Lösungen gefunden und ggf. auch neue Wege erschlossen werden.

Angewendet auf die beiden Beispiele oben, könnten sich folgende transkulturell kompetente Handlungsstränge ergeben:

Die junge Altenpflegerin lernt, dass sich viele Muslime unter fließendem Wasser waschen. Sie erweitert ihr Wissen über Varianten der Körperpflege durch einen wertneutralen Vergleich. Im Gespräch mit dem Patienten oder seinen Angehörigen kann sie Hintergründe erfragen und Lösungen finden. Diese bewusste Erfahrung erweitert wiederum ihr Hintergrundwissen über den Islam.

Die Pflegekräfte haben das theoretische Wissen, dass Schmerzäußerungen kulturell erlernt sind. Denn die positive soziale Zuwendung auf Schmerzreaktion kann sehr unterschiedlich sein, je nachdem ob das Ertragen von Schmerzen hoch geschätzt wird oder Leiden die Möglichkeit eröffnet, soziale Beziehungen durch emphatische Anteilnahme zu festigen. Die Pflegekräfte reflektieren ihre eigenen Haltungen und Erfahrungen mit Schmerzäußerungen und erweitern ihr Verständnis von Schmerzsprachen in einem wertschätzenden Vergleich. Mit einem lebensweltlichen Zugang erfassen sie die Situation der Patientin und können im Gespräch mit ihr und ihrer Familie neue Umgangsweisen erschließen.

Um die Notwendigkeit einer transkulturellen Haltung weiter zu verdichten, wollen wir noch Bezug nehmen auf einen weiteren Faktor der Vielfalt: Kulturelle Befremdung besteht nicht nur zwischen Pflegekräften und Patienten anderer Religion oder Herkunftsländer. Vielfalt besteht beispielsweise auch unter den Generationen.

ERFAHRUNGSWELTEN VON JUNGEN UND ALTEN – MUSLIMISCHE PFLEGEFACHKRÄFTE ALS EXPERTEN FÜR MUSLIMISCHE PATIENTEN UND BEWOHNER?

Die pflegerische Versorgung der Betagten wird zu einem großen Teil von der jungen Generation übernommen. Zwar hat in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der über 40-jährigen Pflegekräfte deutlich zugenom-

men, dennoch sind ca. ein Viertel der Beschäftigten im Gesundheitswesen jünger als 25 Jahre.²⁶ Im Bereich der Pflege treffen somit junge auf alte Menschen und es findet Interaktion zwischen den Generationen statt. Die Hinführung zur Erfahrungs- und Lebenswelt alter Menschen ist klassischerweise verankert in der Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflege sowie vor allem zur Altenpflege, sie verlangt Wissen und Einfühlungsvermögen. Im Kontext der Zuwanderung zeigt sich eine weitere Facette der Generationenkluft: Das Wissen um religiöse Traditionen und Bräuche.

Im Personalmanagement vieler Pflegeeinrichtungen ist man sich der spezifischen Bedarfe von Bewohnern mit Migrationshintergrund bewusst und setzt zum Teil aktiv auf Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung zur Gewinnung dieser Zielgruppe. Dazu gehört auch eine strategische Personalrekrutierung: Um beispielsweise für pflegebedürftige türkischstämmige alte Menschen attraktiv zu sein, so die Schlussfolgerung, bedarf es türkischstämmiger Pflegekräfte. Diese beherrschen die notwendigen Sprachkompetenzen, kennen kulturspezifische Umgangs-, Ernährungs- und Pflegeformen und sind daher aufgrund ihrer Herkunft in der Lage, diese Gruppe pflegebedürftiger kompetent zu versorgen. Doch hier wird deutlich, wie begrenzt und wenig alltagstauglich dieses kategoriale Verständnis von Kultur ist. Die Zuordnung von allen Menschen mit türkischen Wurzeln zu einer homogen gedachten Gruppe, die Werte und Lebenswelt teilt, ignoriert die vielfältigen Hintergründe der aus der Türkei zugewanderten Familien und deren Anpassungs- und Veränderungsprozesse. Dies insbesondere hinsichtlich der zweiten, dritten oder gar vierten Zuwanderungsgeneration. Denn die Tatsache, dass die Großeltern als Gastarbeiter nach Deutschland kamen, bedeutet nicht, dass die Enkelgeneration deren Wertesystem kennt oder gar teilt. In Schulungen zur transkulturellen Kompetenz wird dies sichtbar: Junge Auszubildende mit familiären Wurzeln in der Türkei stellen oft die gleichen Fragen an die Pflege von alten türkischen Menschen wie ihre Mitschüler. Auch sie haben noch nie gesehen, wie man beim Waschen unterstützt, sterbende Menschen begleitet oder gar eine Totenwaschung durchführt. Je nach persönlichem Bezug zum Islam gelingt es ihnen eher, Herleitungen aus der Religion zu treffen oder auf religiösen Kenntnissen aufzubauen. Doch ein Aufwachsen in einer säkular geprägten Gesellschaft prägt auch ihre Erfahrungswelten. Sie können daher nicht per se als Experten für die Pflege von türkischstämmigen oder gar noch allgemeiner von muslimischen Patienten betrachtet werden.

ZUSAMMENFÜHRUNG: VON DER KULTURSENSIBLEN ZUR TRANSKULTURELL KOMPETENTEN (ALTEN-)PFLEGE

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, dass sowohl hinsichtlich der Versorgung von Patienten, als auch in der Zusammenarbeit in heterogenen Teams theoretische Grundkenntnisse über Kultur von Bedeutung sind. Kultur ist dabei nicht als Gleichsetzung mit Herkunftsland oder Nationalität gedacht. Vielmehr beziehen wir uns auf einen lebensweltlichen Kulturbegriff, der es ermöglicht, einerseits die Zugehörigkeit von Individuen zu größeren Gemeinschaften zu betrachten, andererseits aber auch die Vielfalt der Zugehörigkeiten in den Blick zu nehmen und Kultur als Prozess zu verstehen. Dabei ist Kultur nicht eine Eigenschaft der Fremden oder der Anderen, sondern Jede und Jeder von uns hat kulturelle Orientierungen, die unsere Haltung in einer Interaktion prägen. Somit wird die transkulturelle Kompetenz zu einer Schlüsselqualifikation in einer Gesellschaft der Vielfalt. Daher plädieren wir für eine Weiterentwicklung der kultursensiblen (Alten-)Pflege hin zu einer transkulturell kompetenten Betreuung von Patienten und Bewohnern. ■

ANMERKUNGEN

- ¹ Arbeitskreis Charta für eine kultursensible Altenpflege/ Kuratorium Deutsche Altershilfe (2002): Für eine kultursensible Altenpflege – Eine Handreichung. [abgerufen am 30.07.2016]; Forum für eine kultursensible Altenhilfe (2009): Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe. Ein Beitrag zur Interkulturellen Öffnung am Beispiel der Altenpflege. [abgerufen am 30.07.2016].
- ² Forum für eine kultursensible Altenhilfe o. J.
- ³ Domenig, Dagmar (2007): Das Konzept der transkulturellen Kompetenz. In: Domenig, Dagmar (Hrsg.): Transkulturelle Kompetenz. Lehrbuch für Pflege-, Gesundheits- und Sozialberufe. Bern, 173.
- ⁴ Statistisches Bundesamt (2015): Pflegestatistik 2013. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. Wiesbaden, 5ff. [abgerufen am 13.07.2016].
- ⁵ Ebd. 7.
- ⁶ Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2010): Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes.“ München: TNS Infratest Sozialforschung, 60. [abgerufen am 15.07.2016].
- ⁷ Kohls, Martin (2012): Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demografischen Wandel. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Forschungsbericht 12, 32. [abgerufen am 15.07.2016].
- ⁸ Razum, Oliver et al. (2008): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes: Migration und Gesundheit. Berlin; Spallek, Jacob und Oliver Razum (2008): Erklärungsmodelle für die gesundheitliche Situation von Migrantinnen und Migranten. In: Bauer, U., U. H. Bittlingmayer und M. Richter (Hrsg.): Health Inequalities – Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit. Wiesbaden; Brause, Michaela, Barbara Reutin, Thomas Schott und Yüce Yilmaz Aslan (2010): Migration und gesundheitliche Ungleichheit in der Rehabilitation. Versorgungsbedarf und subjektive Bedürfnisse türkischer und türkischstämmiger Migrant(innen) im System der medizinischen Rehabilitation. Abschlussbericht. Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld, 21ff. [abgerufen am 09.08.2016].

- ⁹ Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2010): Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“, 61.
- ¹⁰ Kleinman, Arthur (1980): Patients and Healers in the Context of Culture. An Exploration of the Borderland between Anthropology, Medicine and Psychiatry. Berkeley, Los Angeles, London; Zielke-Nadkarni, Andrea (2007): Gesundheits- und Krankheitskonzepte.
- ¹¹ Spallek, Jacob und Oliver Razum (2008): Erklärungsmodelle für die gesundheitliche Situation von Migrantinnen und Migranten, 283.
- ¹² Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2010): Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“, 61f.
- ¹³ Kohls, Martin (2012): Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demografischen Wandel, 32f.
- ¹⁴ Ilkilic, Ilhan (2006): Begegnung und Umgang mit muslimischen Patienten – eine Handreichung für die Gesundheitsberufe. 6. Auflage. Tübingen, 47; Zielke-Nadkarni, Andrea (2007): Gesundheits- und Krankheitskonzepte, 196.
- ¹⁵ Mölbert, Angelika (2005): Alt werden in der zweiten Heimat. Ethnologische Altersforschung und ihre praktische Anwendung bei türkisch-deutschen Gruppen. Freiburg im Breisgau, 242ff.
- ¹⁶ Schütz (1972) und Simmel (1968), nach Scherr, Albert (1999): Die Konstruktion von Fremdheit in sozialen Prozessen. Zur Kritik und Weiterentwicklung soziologischer und erziehungswissenschaftlicher Fremdheitsdiskurse. In: Kiesel, Doron, Astrid Messerschmidt und Albert Scherr (Hrsg.): Die Erfindung der Fremdheit. Zur Kontroverse um Gleichheit und Differenz im Sozialstaat. Frankfurt am Main, 50.
- ¹⁷ Akbulut, Nurcan (2013): Die Kontinuität und Wirkmächtigkeit von Fremdheitskonstruktionen in antiislamischen Diskursen. In: Interculture Journal 12/20, 38.
- ¹⁸ Urban, Elke (2014): Transkulturelle Pflege am Lebensende. Umgang mit Sterbenden und Verstorbenen unterschiedlicher Religionen und Kulturen. Stuttgart.
- ¹⁹ siehe beispielsweise: Wurzbacher, Christine (2003): Das muslimische Krankheitsverständnis. Eine Einführung am Beispiel türkischer Patienten mit Diabetes. Aachen; Ilkilic, Ilhan (2002): Der muslimische Patient. Medizinethische Aspekte des muslimischen Krankheitsverständnisses in einer wertpluralen Gesellschaft. Münster; Rüschhoff, Ibrahim S. und Malika Laabdallaoui (2009): Umgang mit muslimischen Patienten (Basiswissen), Köln; Bose, Alexandra von und Jeannette Terpstra (2012): Muslimische Patienten pflegen: Praxisbuch für Betreuung und Kommunikation. Berlin, Heidelberg.
- ²⁰ Schilder, Michael (1998): Türkische Patienten pflegen. Erfahrungen Pflegendender mit Pflegebedürftigen und ihren Familien im ambulanten Bereich. Stuttgart; Borde, Theda und Matthias David (2001): Kranksein in der Fremde? Türkische Migrantinnen im Krankenhaus. Frankfurt am Main.
- ²¹ Kohls, Martin (2012): Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demografischen Wandel, 40.
- ²² WDR (05.02.2007): „Haus am Sandberg wird 10 Jahre alt“ – Multikulturelles Seniorenheim in Duisburg. [abgerufen am 09.08.2016].
- ²³ Welsch, Wolfgang (1995): Transkulturalität. [abgerufen am 09.08.2016].
- ²⁴ Welsch, Wolfgang (2005): Auf dem Weg zu transkulturellen Gesellschaften. In: Allolio-Näcke, Lars, Britta Kalscheuer und Arne Manzeschke (Hrsg.): Differenzen anders denken. Bausteine zu einer Kulturtheorie der Transdifferenz. Frankfurt, New York, 328.
- ²⁵ Domenig, Dagmar (2007): Das Konzept der transkulturellen Kompetenz.
- ²⁶ Bundesagentur für Arbeit (2011): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Arbeitsmarktberichterstattung 2011. Gesundheits- und Pflegeberufe, 10. [abgerufen am 28.07.2016].

INTEGRATION „VOR ORT“ – BEDARFE UND LÖSUNGSANSÄTZE

ERGEBNISSE DER LEITFADENGESTÜTZTEN BEDARFSANALYSE



Prof. Dr. Volker Kronenberg
Projektleiter und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



Marco Jelic
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

1. EINFÜHRUNG

Dass über „Integration“, über die Frage ihrer Notwendigkeit und ihrer Umsetzung, ihres Gelingens heftig gestritten wird – gesellschaftlich, politisch – ist nicht neu. Doch zumeist verharren entsprechende Debatten im Grundsätzlichen, auf abstraktem Niveau, um damit jede Konkrektion, jede Benennung wichtiger Rahmenbedingungen und Instrumentarien vermeiden zu können. Doch die Kenntnis letzterer wie auch die Kenntnis der Verhältnisse „vor Ort“ sind wichtig, um die „großen“ Fragen angemessen beantworten zu können: Wie kann Integration „gelingen“? Was ist notwendig? Was ist machbar? Was muss sich ändern? Was hat sich –bisher – bewährt? Im Rahmen des Forschungsprojektes „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ wurde im Sinne einer näherungsweisen Betrachtung dieser wichtigen Fragen eine leitfragengestützte Bedarfsanalyse durchgeführt. Um integrationspolitische Maßnahmen, Programme und Projekte passgenau und zielführend ausrichten zu können, ist es unabdingbar die reellen Bedarfe der Integration zu kennen. Die Analyse hat aufschlussreiche Einblicke in die Bedarfe „vor Ort“ ergeben und mögliche Lösungsstrategien aufgezeigt – ganz konkret, ganz praktisch, dabei stets angewiesen auf und rückgekoppelt an die jeweilige Integrationspolitik im Land und im Bund. Erkennbar wurde – so viel vorab: Die Bedarfe an konkreten Integrationsprojekten vor Ort sind groß, das „Know How“ und die entsprechende Praxis sind vorhanden – nicht überall, nicht in jedem Bereich, aber doch in

einem Maße, das optimistisch stimmt, die Integrationsherausforderungen – alte wie neue – mit gutem Willen aller beteiligten Akteure meistern zu können. Im Kleinen wie im Großen.

2. METHODIK

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der vorliegenden Bedarfsanalyse, einen Überblick über die konkreten Problemstellungen in den Städten Duisburg, Essen und Gelsenkirchen bezüglich der Integration junger und alter Muslime zu geben.¹ Die Bedarfe wurden in den für die Integration relevanten Bereichen untersucht, um daraus pragmatische Lösungsansätze und praxisorientierte Handlungsempfehlungen zu generieren. Es geht weniger darum, die politischen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen auf der Makroebene zu analysieren, sondern um die Formulierung praxisbezogener, vor Ort umsetzbarer Lösungsansätze auf der operativen Mikroebene. Folgende Fragestellungen waren für die Untersuchung handlungsleitend:

- Was steht der Integration von Muslimen in den jeweiligen Bereichen im Wege?
- Welche konkreten Bedarfe ergeben sich daraus?
- An welchen Stellen sind neue, innovative Ansätze der Problemlösung notwendig?

Im Zeitraum von April bis Juni 2016 wurden hierfür insgesamt 35 qualitative leitfadengestützte Interviews mit Praktikern und Experten aus den Bereichen **Bildung, berufliche Integration, Partizipation, Freizeit und Gesundheit** durchgeführt. Obwohl das Spektrum weit gefasst ist, können qualitative Interviews kein allumfassendes, repräsentatives Bild der Situation zeichnen. Sie können jedoch in einzelnen Punkten Tendenzen aufzeigen sowie Bedarfe und Problemstellungen offen benennen.

3. AUSWERTUNG DER BEDARFSANALYSE BILDUNG

Das Bildungssystem ist ein wesentlicher und prägender Bestandteil im Leben von Jugendlichen und somit zentral für Integration – sowohl mit Blick auf den funktionalen Bildungserfolg als auch die kulturelle Sozialisation. Schulen in sogenannten „Brennpunkten“ müssen häufig mit sozialer Armut umgehen – und damit oftmals korrelierend – einem hohen Migrantenanteil.

„Wir sind hier alle arm. Wir sind ein sozialer Brennpunkt. Es gibt hier nur arme Kinder und grundsätzlich sind hier alle Schülerinnen und Schüler in der gleichen Situation. Ich müsste lange nachdenken, wenn ich weitere Probleme nennen sollte.“ (Wolfgang Siebeck, Schulleiter Gertrud-Bäumer-Realschule Gelsenkirchen)

Diesen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Hintergrund gilt es, bei der Formulierung praxisorientierter Lösungsansätze zu bedenken. Es bedarf gerade im Bildungsbereich innovativer Projektideen, die eine ganzheitliche Entwicklung fördern und gleichzeitig die funktionale Wissensvermittlung wie den sozio-kulturellen Aspekt in den Blick nehmen.

MANGELNDER BILDUNGSERFOLG ALS SOZIALES PHÄNOMEN

Was die Bildungsleistungen betrifft, gibt es kaum Unterschiede zwischen muslimischen und deutschen Jugendlichen. Die Trennlinien zwischen Bildungserfolg und -misserfolg sind im Ruhrgebiet eher sozialer, milieuspezifischer Natur.

„Die Erfolgchancen sind abhängig von der sozialen Herkunft. Je weniger die gesellschaftliche Teilhabe gegeben ist, desto geringer sind die Bildungschancen.“ (Manfred Nicolaus, Robert-Bosch-Berufskolleg Duisburg)

Um den Bildungserfolg nachhaltig zu verbessern, sollte die Priorität im Ausbau flächendeckender, extern finanzierter Förder- und Nachhilfeprogramme, die eine kontinuierliche und langfristige Begleitung der Schüler ermöglichen und auf funktionaler Ebene den Bildungserfolg erhöhen, gelegt werden. Diese Fördermaßnahmen sollten bestmöglich in den Unterrichtsbetrieb integriert sein und nicht zusätzlich angeboten werden, denn die Belastung der Schüler durch den Regelunterricht sei schon sehr hoch. Zudem müssten bestehende Programme in engerer Abstimmung mit den Lehrern und Lehrplänen durchgeführt werden, um die jeweiligen Defizite der Schüler erfolgreicher schließen zu können. Auch der Ausbau interkultureller Freizeitangebote kann sich nachhaltig positiv auswirken – denn teilweise sprechen Schüler in ihrer Freizeit immer noch zu wenig Deutsch.

SCHULEN VERFÜGEN ÜBER ZU WENIG RESSOURCEN UND PERSONAL

Qua Definition als Institution ist die Schule eine wichtige Plattform, um muslimische Migranten zu erreichen. Doch Schulen nehmen über die Bildungsinstitution hinausgehend eine aktive Rolle ein – sie sind wesentliche Akteure im jeweiligen Stadtteil. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, fehlt es Schulen jedoch an den entsprechenden Ressourcen, sowohl auf personeller als auch finanzieller Ebene.

„Ich würde gerne mit einer größeren Freiheit arbeiten können, je nach Kontext. Wir haben ganz andere Probleme als eine Berufsschule in Wesel, müssen aber nach den gleichen Vorgaben vom Ministerium arbeiten. Wir haben drei Flüchtlingsklassen und die können alle wunderbar mit Handys umgehen, scheitern aber an der Textverarbeitung mit Word. Da würde ich gerne einen Computerkurs anbieten, mir fehlen aber die Ressourcen.“ (Manfred Nicolaus, RBB Berufskolleg)

Der Personalschlüssel der Schulen ist gleich verteilt, es ist jedoch offensichtlich, dass Schulen im Essener Norden mehr Betreuungsbedarf haben als Schulen im Essener Süden. Die personelle und finanzielle Basis der Schulen kann nur auf institutioneller, politischer Ebene optimiert werden. Nichtsdestoweniger kann eine bessere Vernetzung im Quartier dazu beitragen, externe Angebote nachhaltig in den Schulalltag zu integrieren. Bestehende Vereine und Institutionen können so zumindest in Teilen strukturelle Defizite der Schulen ausgleichen. Dazu gehört auch eine engere Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden, die bei

der Bewältigung von kulturspezifischen Problemlagen und der Ansprache muslimischer Schüler und ihrer Eltern unterstützend wirken können. Zudem fungieren die Moscheegemeinden oftmals auch als Nachhilfeanbieter, sodass eine engere Abstimmung auch einen nachhaltig positiven Effekt auf den Bildungserfolg haben könnte.

„Der Imam kommt zum Schulabschlussgottesdienst, aber ansonsten gibt es keine Berührungspunkte. Hier ist der Bedarf an Vernetzung riesig, denn ich weiß, dass die Bindungen der Familien an die Gemeinden sehr eng sind. Ein Beispiel: In den islamischen Gemeinden wird sehr oft Nachhilfe erteilt, ich als Lehrer weiß ich aber nicht in welcher Form.“ (Wolfgang Siebeck, Schulleiter Getrud-Bäumer-Realschule Gelsenkirchen)

MANGELNDE ANBINDUNG DER ELTERN AN DIE SCHULEN

Eine elementare Rolle für den Bildungserfolg der Kinder kommt den Eltern zu. Fehlende Unterstützung der Kinder durch das Elternhaus kann nicht allumfassend durch die Schule aufgefangen werden, weshalb Eltern von den Schulen stärker einbezogen werden sollten. Das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung ist bei muslimischen Eltern nicht weniger ausgeprägt als bei nicht-muslimischen – im Gegenteil, die Bereitschaft, Fördermaßnahmen für die Kinder in Anspruch zu nehmen, sei tendenziell sogar höher. Es fehlt aber oft an Systemwissen, um die Kinder selbst zielgerichtet zu unterstützen.

„Da fehlen einfach Informationen, die deutsche Eltern meist haben.“ (Wolfgang Siebeck, Schulleiter Getrud-Bäumer-Realschule Gelsenkirchen)

Da oftmals eine gewisse Hemmschwelle zu überwinden ist, auch aufgrund von sprachlichen Barrieren, könnten niedrigschwellige Elternangebote eine Möglichkeit des Austauschs darstellen, aber ebenso Abendangebote zu allgemeineren Themen.

DEFIZITE IM UMGANG MIT INTERKULTURELLER VIELFALT

Gelebte Vielfalt ist an vielen Ruhrgebietsschulen mittlerweile in der Tat Normalität. Was die flächendeckende interkulturelle Kompetenz der Lehrerschaft angeht, gibt es aber immer noch Defizite. Gerade in Schulen mit hohem Migrantanteil ist es unabdingbar, dass

Lehrer den sozialen und kulturellen Kontext der Schüler kennen, verstehen und im Umgang damit geschult werden. So kann eine angemessene Wertschätzung kultureller Vielfalt erfolgen und kulturspezifische Themen, wie beispielsweise Bräuche oder Feste können in Unterrichtseinheiten gewinnbringend aufbereitet werden. Doch auch ohne eine pro-aktive Thematisierung ist ein ständiges Bewusstsein für die kulturellen Hintergründe wichtig, um den Bildungserfolg so nachhaltig wie möglich gestalten zu können. Darüber hinaus hilft das Wissen auch dabei, Konfliktsituationen, die durch politische Ereignisse und gesellschaftliche Entwicklungen teilweise in die Klassen getragen werden, einzuordnen und zu entschärfen.

„In der Klasse hat man einen großen Pool an verschiedenen Kulturen und Sozialformen. Und das ist neben dem normalen Schulalltag auch die Aufgabe des Klassenlehrers, dort zu vermitteln. Gerade wenn es weltpolitische Ereignisse gibt, gibt es die Spannungen im Kleinen auch in der Klasse. (...) Der Kulturmix ist aber auch sehr vorteilhaft, beispielsweise wenn wir in der 5. und 6. Klasse ein Kinderfest veranstalten, und die Kinder ihre Kultur, ihre Geschichte vorstellen. Davon profitieren die Klassen sehr stark und finden am Ende eine Gemeinsamkeit und den Spaß.“ (Jürgen Hoffmann, Gesamtschule Ückendorf, Gelsenkirchen)

Da diese interkulturelle Sensibilität und Kompetenz immer noch einen eher unterrepräsentierten Bestandteil der Lehrerbildung darstellt und das Lehrerzimmer noch immer nicht die kulturelle Vielfalt des Klassenzimmers widerspiegelt, sollten diese Fähigkeiten auch über externe Schulungen angeboten, gefördert und weiterentwickelt werden. Der Einsatz von Kulturmittlern kann ebenfalls ein vielversprechender Ansatz sein, denn Lehrer mit Migrationshintergrund oder externe interkulturelle Projektpartner wählen oftmals eine geeignetere Ansprache der muslimischen Schüler.

„Ich habe es auch an anderen Schulen schon erlebt, dass türkischstämmige Lehrer ihren Kollegen zur Seite standen, weil sie die Dinge einfach anders transportieren und authentischer agieren konnten. Ich hätte gerne mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund. Aber eigentlich möchte ich als Lehrer unabhängig von meiner Herkunft oder Nationalität ernst genommen werden.“ (Wolfgang Siebeck, Schulleiter Getrud-Bäumer-Realschule Gelsenkirchen)

BERUFLICHE INTEGRATION

Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2015 haben 60 % der Betriebe in Deutschland noch nie einen Auszubildenden mit ausländischen Wurzeln eingestellt.² Muslimische Migranten sind gleichzeitig überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen, vor allem in strukturschwächeren Regionen wie dem Ruhrgebiet. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass es gerade beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit noch immer erhebliche strukturelle Defizite gibt: Die Gründe für die mangelnde berufliche Integration sind stets multipler Natur, die Lösungsansätze vielschichtig. Problematisch ist vor allem der Übergang von Schule in Beruf. Denn ist der Zugang zu Arbeit und zum Betrieb geschaffen, dann gelingt das Zusammenleben und -arbeiten sehr gut, auch aufgrund der jahrzehntelangen Erfahrung mit der Arbeitsmigration im Ruhrgebiet. Arbeit als Pfeiler für Integration und Teilhabe bleibt daher ein wichtiger Schlüssel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

UNZUREICHENDE VERNETZUNG ZWISCHEN UNTERNEHMEN, HANDWERKSBEREIBEN UND SCHULEN

Bei den muslimischen Communities, aber auch bei den Jugendlichen generell, besteht oftmals wenig Wissen bezüglich der beruflichen Angebotsstruktur und der dualen Ausbildungslandschaft.

„Der durchschnittliche Jugendliche, egal welcher Herkunft, hat ein wenig ausgeprägtes Wissen über die verschiedenen Möglichkeiten. Meist werden die Berufe der Eltern gewählt und die Klassiker KFZ-Mechatroniker für Jungs und Einzelhandelskauffrau für Mädchen. Von allen Ausbildungsberufen sind vielleicht zehn bis 15 bekannt.“ (Manfred Nicolaus, Schulleiter Robert-Bosch-Berufskolleg Duisburg)

Dabei sind gerade in klassischen handwerklichen Betrieben Auszubildende und Mitarbeiter aufgrund des Facharbeitermangels sehr stark nachgefragt.

„Ich habe den Eindruck, dass handwerkliche Berufe bei Migranten nicht so gefragt sind. Die wählen eher den Beruf des Schlossers oder Schweißers. In Handwerksberufen wie Elektroinstallateur, Maler, Schreiner erlebe ich relativ wenige Ausländer. Das fällt schon auf. (...) Es ist so, dass ein extremer Bedarf in Pflegeberufen herrscht. Ähnlich ist es im Handwerk bei Malern, Lackieren und Elektrikern. Da ist es für uns extrem schwierig dran zu

kommen.“ (Thomas Altmann, Mitglied der Geschäftsführung und Niederlassungsleiter Duisburg, Hoffmann Zeitarbeit im Revier)

Große Unternehmen des Ruhrgebiets haben damit begonnen, stärker in die Schulen zu gehen, um früh für ihre Ausbildungsangebote zu werben. Diese Aktivitäten, etwa Informationstage an Schulen, sollten von großen wie von kleinen und mittelständischen Betrieben intensiviert werden. Die spezifische Problemlage resultiert im Kern aus einem fehlenden Kommunikationskanal zwischen Angebot, Bedarf und Zielgruppe.

„Wir stellen fest, dass die meisten Leute das deutsche Ausbildungssystem nicht kennen. Das liegt aber auch daran, dass einer vom Amt zu den Jugendlichen kommt und darüber referiert.“ (Dieter Hillebrand, Regionsgeschäftsführer DGB Mülheim-Essen-Oberhausen)

Für die Vermittlung von Systemkenntnissen und Ausbildungsmöglichkeiten muss demnach die geeignete Ansprache gewählt werden. Die klassischen Jobbörsen sind in den meisten Fällen nicht geeignet, um die migrantische – und darunter die muslimische – Zielgruppe anzusprechen. Unterstützen kann an dieser Stelle ebenfalls die Vermittlung von Praktikumsplätzen durch externe Partner oder Diskussionsmöglichkeiten mit erfolgreichen Community-Mitgliedern, die von den Jugendlichen als Vorbilder wahrgenommen werden.

GELEBTE VIELFALT IST AN VIELEN RUHRGEBIETSSCHULEN MITTLERWEILE NORMALITÄT. WAS DIE FLÄCHENDECKENDE INTERKULTURELLE KOMPETENZ DER LEHRERSCHAFT ANGEHT, GIBT ES ABER IMMER NOCH DEFIZITE.

FORMAL NIEDRIGES BILDUNGSNIVEAU UND PROBLEME BEI DER BEWÄLTIGUNG DER AUSBILDUNGSANFORDERUNGEN

Eine weitere Einstiegshürde beim Zugang zu Arbeit stellt das formal niedrige Qualifikationsniveau der Bewerber dar. Das ist kein migrantenspezifisches Phänomen, aber im besonderen Maße sind Jugendliche aus sozial schwachen muslimischen Familien davon betroffen. Am Einstellungstest scheitern sie im Durchschnitt häufiger.

„Es ist nicht schwierig, Bewerber zu finden. Es ist schwierig, die Einstellungstests zu bestehen. Das sind nicht unbedingt sprachliche oder bildungstechnische Probleme; es ist meistens das Allgemeinwissen, Mathematik, Dreisatz, Textverständnis.“ (Mirze Edis, Betriebsrat Hüttenwerke Krupp-Mannesmann)

Einige Unternehmen haben darauf mit Nachqualifizierungs- und Förderprogrammen reagiert, für die jedoch jeweils zusätzliche Ressourcen des Unternehmens aufgewendet werden müssen.

„Wir versuchen aus nicht ausbildungsfähigen Jugendlichen, und es werden leider jedes Jahr mehr, ausbildungsfähige zu machen. Wir gleichen mit diesem Programm extrem viel aus, was vorher nicht stattfand.“ (Randolf Bursian, Leiter HR Deutschland, Evonik)

Kleine und mittelständische Betriebe können und wollen diese zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen in der Regel nicht aufwenden, diese Lücke muss durch externe Angebote geschlossen werden, um den Übergang von Schule in Ausbildung nachhaltig zu verbessern. So gibt es bereits Fördermaßnahmen zur Vorbereitung auf eine Ausbildung von anderen Trägern wie der IHKs, der Bundesagentur für Arbeit oder den Jobcentern; diese sind jedoch oftmals nicht passgenau, nicht individuell und nicht zielgerichtet. Daher sollte die Zusammenarbeit und Vernetzung dieser Institutionen mit externen Projektpartnern mit entsprechender Expertise verstärkt werden. Auch die Implementierung ausbildungsbegleitender Nachhilfeeangebote und mit den Betrieben abgestimmter Vorbereitungsmaßnahmen durch externe, geschulte Projektpartner selbst, stellen in diesem Zusammenhang einen vielversprechenden Ansatz dar.

DEFIZITE DER UNTERNEHMEN IM UMGANG MIT KULTURELLER VIELFALT

Die großen international agierenden Unternehmen im Ruhrgebiet haben schon lange erkannt, dass eine auf Vielfalt und Wertschätzung ausgerichtete Unternehmenskultur von Vorteil ist. Es gibt Diversity-Konzepte und Verhaltensregeln für ein respektvolles Miteinander am Arbeitsplatz. In einigen Unternehmen gibt es sogenannte „Kulturmittler“, die für den Umgang mit Konfliktsituationen geschult sind. Die Ausbilder absolvieren interkulturelle Trainings, Betriebsräte und Gewerkschaften sind gut organisiert. Die Experten – sowohl von Unternehmensseite als auch die Vertreter der Mitarbeiterschaft – bestätigen im Grunde, dass in den Großbetrieben das gemeinsame „Arbeiten“ recht reibungslos funktioniert. Ein Bedarf an interkultureller Öffnung besteht verstärkt bei kleinen und mittelständischen Unternehmen.

„Menschen aus anderen Kulturen oder mit einem anderen Glauben einzustellen, ist eine zusätzliche Herausforderung. Gerade kleineren Unternehmen sollte und muss man da helfen. Oftmals sind es wohl auch Vorurteile, die da vorherrschen. Die Frage ist: Gehe ich den Weg des geringsten Widerstandes oder öffne ich mich, und sehe darin auch eine Chance?“ (Randolf Bursian, Leiter HR Deutschland, Evonik)

„ES GILT, DIE ANERKENNUNG VON VIELFALT ALS RESSOURCE IN DER UNTERNEHMENSKULTUR ZU VERANKERN, UM VORURTEILE ABZUBAUEN UND DISKRIMINIERUNG ZU VERHINDERN.“

Hier muss das Führungspersonal stärker interkulturell geschult und sensibilisiert werden. Es gilt, die Anerkennung von Vielfalt als Ressource in der Unternehmenskultur zu verankern, um Vorurteile abzubauen und Diskriminierung zu verhindern. Denn eine weitere Hürde, die den Jobeinstieg für muslimische Migranten erschwert, sind strukturelle Diskriminierungen bei der Bewerberauswahl. Die Tendenz hat laut Aussagen der

Experten zwar abgenommen, auch durch ökonomische Zwänge in Zeiten des Fachkräftemangels, doch sind Vorurteile und Diskriminierungen immer noch existent.

„Wo wir noch Unterschiede haben, ist in den Betrieben, denn bei Bewerbungen werden die Leute mit Migranten-namen aussortiert. Viele weisen das natürlich von sich, aber die Zahlen der Arbeitsagentur sind da deutlich. Es braucht da ein neues Verständnis für die Migranten, denn die jungen Migranten sind arbeitsfähig und können gerade mit den nichtdeutschen Kunden gut kommunizieren.“ (Dieter Hillebrand, Regionsgeschäftsführer DGB Mülheim-Essen-Oberhausen)

In diesen Fällen bedarf es eines Bewusstseinswandels auch auf den Führungsebenen und im Personalbereich – hin zu einer Anerkennungskultur, die Vielfalt als Ressource begreift. Dieser Prozess muss durch Trainings und Schulungen aktiv gesteuert werden. Denn die Nutzung des interkulturellen Potentials stellt für die Unternehmen auch einen wirtschaftlichen Faktor dar. Die Vermittlung von Praktikumsplätzen für Jugendliche mit Migrationshintergrund aus muslimisch geprägten Ländern kann in zweifacher Hinsicht eine positive Wirkung entfalten – zum einen indem sie Absolventen einen Einblick in ihnen bisher vielleicht unbekannte Berufe ermöglicht, sich zum anderen aber auch positiv auf den Abbau von Vorurteilen auswirkt. Ausbildungsbegleitende Mediatorenangebote, die im Konfliktfall vermitteln, könnten ebenfalls dazu beitragen, Einstellungshürden und Skepsis, vor allem bei kleineren Betrieben, zu verringern.

PARTIZIPATION

Der Begriff der Partizipation bezieht sich sowohl auf gesellschaftliche als auch auf politische Teilhabe. Noch immer lassen sich hier Unterschiede feststellen, beispielsweise was das Engagement in Parteien und Vereinen auf kommunaler Ebene betrifft. Der klassische Befund, dass Migranten sich oftmals eher mit dem Heimatland identifizieren, kann sich negativ auf die politische Partizipation auswirken. Aber auch undurchlässige Strukturen der Mehrheitsgesellschaft schränken die Teilhabemöglichkeiten ein. Die Stärkung der Identifikation und Partizipation durch das Aufzeigen von Mitbestimmungsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft und die gleichzeitige Öffnung der Strukturen müssen miteinander einhergehen.

STRUKTURELLE UND INDIVIDUELLE DEFIZITE BEI DER POLITISCHEN TEILHABE

Grundlegend für die gesellschaftliche Partizipation ist die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen. Einer der elementaren Bedarfe zielt darauf ab, die Repräsentation der muslimisch migrantischen Communities in lokalen Parteien und Gremien weiter zu erhöhen. Eine Hürde war diesbezüglich bei den etablierten Parteien zu beobachten, wo teilweise „verkrustete“ Parteistrukturen echte Teilhabe lange Zeit verhinderten, was die Bildung von Parallelstrukturen zur Folge haben konnte.

„Ich kann nicht für alle sprechen, aber bei den großen Parteien gab es Probleme. Man will Muslime gerne als Wähler, aber nicht in der politischen Verantwortung. Also gab es keine Mandatsträger, sondern maximal Plakatkleber.“ (Rainer Grün, Ratsherr der Duisburger Alternativen Liste, DAL)

Die Identifikation mit dem Herkunftsland und die Frustration, die mit dem Gefühl einhergeht, als Migrant scheinbar keine signifikante Veränderung herbeiführen zu können, wirken sich – verbunden mit dem allgemeinen, jedoch keineswegs migrantenspezifischen Desinteresse der jüngeren Generationen an lokaler Politik – negativ aus.

„Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Wahlkampfveranstaltungen nichts bringen, die Leute sind desinteressiert und wollen nicht wählen.“ (Ayhan Yildirim, DAL)

Trotzdem oder gerade deswegen bedarf es einer aktiveren Ansprache durch die Parteien. Diese Ansprache sollte zielgruppengerecht erfolgen.

„Wenn sich die SPD aber in der urdeutschen Stammkneipe um die Ecke trifft, dann geht da keiner rein.“ (Rainer Grün, Ratsherr DAL)

Dafür benötigt es noch mehr interkulturelle Sensibilisierung der Parteiuntergliederungen in den Kommunen und der lokalen Funktions- und Mandatsträger sowie die Inklusion migrantischer Themen in die Parteiprogramme, um die Durchlässigkeit in den Organisationsstrukturen zu erhöhen.

Grundsätzlich stellen aber auch Politikverdrossenheit und Rückzugstendenzen auf Seiten der muslimischen Communities eine Herausforderung für die kommu-

nalpolitische Aktivierung – gerade auch der jungen Muslime – dar. Dem gilt es durch Projekte und Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung entgegenzuwirken und Gestaltungspotential und Zugänge aufzuzeigen. Externe Projektträger sollten stärker durch politische Bildungsarbeit, Befähigung und Empowerment einen Beitrag zur Aktivierung und zur Teilhabe der muslimischen Jugendlichen leisten. Ein Projekt des Goethe-Instituts in Zusammenarbeit mit der Kommission „Islam und Moscheen in Essen“ bildet junge Muslime als kommunale Akteure aus, um ihrer Stimme im Konzert der kommunalen Interessenvertretung Gehör zu verschaffen.³ Solche Entwicklungen gilt es in der Fläche zu fördern, um Teilhabe, Dialog und Akzeptanz zu ermöglichen.

EIN ZUGANG ZU DEN MUSLIMISCHEN COMMUNITIES KANN NUR DURCH EINE STETIGE, LANGFRISTIGE UND VERTRAUENSBILDENDE ARBEIT GESCHAFFEN WERDEN.

FEHLENDE INHALTLICHE UND FORMALE PROFESSIONALISIERUNG VON MIGRANTENSELBSTORGANISATIONEN

Um einerseits die Teilhabe der Muslime zu stärken und andererseits die muslimischen Communities stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubeziehen, gilt es, die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) nachhaltig zu professionalisieren, zu qualifizieren und zu unterstützen – erreichen diese die muslimische Zielgruppe in der Regel doch besser als etablierte Träger der „Mehrheitsgesellschaft“. Wenn zudem das Engagement aus der Community selbst kommt, ist der Zugang zur Zielgruppe eher gewährleistet – etwas, was den externen, auch den etablierten Projektträgern, oftmals fehlt. Selbstverständlich erreichen MSOs und Kulturvereine nicht jeden einzelnen muslimischen Migranten, aber sie können ein Sprachrohr in die Communities sein. Damit sie dieser Rolle inhaltlich wie formal qualitativ gerecht werden können, müssen engagierte Akteure befähigt und die strukturelle Teilhabe an Ressourcen ermöglicht werden.

Oftmals sind Migrantenorganisationen jedoch nicht in der Lage, beispielsweise die bürokratischen Hürden der Antragsstellung für Fördermittel eigenständig zu bewältigen. Die Zugänge zu Ressourcen sind dadurch erschwert.

„De facto muss man sagen, dass diese Personen damit überfordert sind, die entsprechenden Anträge zu schreiben und es nur professionellen und entsprechend großen Institutionen vorbehalten ist, auf dieser Projektbasis zu arbeiten. Der kleine Verein muss zu viel investieren und wenn niemand ihm in diesem Prozess zur Seite steht, schafft er es vermutlich trotzdem nicht, in diesem Bereich erfolgreich zu sein, vor allem bei Landes- oder Bundesprogrammen.“ (Jürgen Kiskemper, Kontaktbeamter für muslimische Institutionen der Polizei Duisburg)

Die inhaltliche und formale Professionalisierung dient auch dazu, dass MSOs die Funktion als Dialogpartner mit kommunalen und lokalen Institutionen, Organisationen und Behörden effektiver ausfüllen können. Es zeigt sich, dass von (muslimisch) migrantischer wie von kommunaler Seite ein Bedarf an stärkerer Vernetzung besteht. Probleme könnten dadurch zielgerichteter angegangen werden:

„Wir können die Probleme nicht direkt lösen. Wir können beruhigen, müssen uns dann aber an die Institutionen wenden, um Lösungen zu erarbeiten. Ohne diese Vernetzung können gesellschaftliche Probleme nicht gelöst werden.“ (Halit Pismek, Imam der Ayasofia-Moschee in Essen-Katernberg)

Damit die Zusammenarbeit mit den kommunalen und lokalen Strukturen funktioniert, bedarf es eines pro-aktiven Ansatzes der „deutschen“ institutionellen Seite, aber von Seiten der Migrantenvereine gleichzeitig eines aktiven Willens zur Öffnung. Dieser Wille muss, wie erwähnt, auch durch die professionelle Befähigung der Migrantenvereine unterstützt werden. Viele Moscheevereine können schlicht den Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht gerecht werden. Im Ruhrgebiet sind dennoch seit einigen Jahren positive Öffnungstendenzen zu erkennen, vereinzelt gibt es aber auch noch Defizite:

„Auf der einen Seite suchen wir Kooperationspartner und engagierte Führungspersönlichkeiten, um unsere Ideen umzusetzen. Viel häufiger ist es allerdings so, dass die Vereine uns ansprechen und wir beratend tätig werden, dass wir uns mit den Institutionen zusammen-

setzen und brainstormen. Dabei ist jedoch wichtig, dass die Interessen übereinstimmen. Oftmals gibt es divergierende Vorstellungen und keinen Willen, wirklich etwas zu verändern, dann wird es schwierig. Gerade im Fall von Moscheevereinen ist unsere Erfahrung, dass es ganz stark davon abhängt, wie stark sie bereit sind, sich zu öffnen.“ (Thomas Nagel, Kontaktbeamter für muslimische Institutionen der Polizei Duisburg)

Neben externen unterstützenden Beratungsmaßnahmen braucht es auch die Schulung von Multiplikatoren aus den Communities. So könnte man zum einen gewährleisten, dass die Zielgruppe erreicht wird, und zum anderen, dass die Ausrichtung und Qualität der Integrationsarbeit – gerade im Jugendbereich – inhaltlich zielführend ist. Denn Integration kann nur gelingen, wenn bei allen beteiligten Akteuren – auf Seiten der sogenannten „Mehrheitsgesellschaft“ wie auf der Seite der Migranten – auch inhaltlich ein Integrationsverständnis vorliegt, dass auf einer pluralistisch verfassten Gesellschaft beruht – mit der Wertschätzung der vielfältigen kulturellen und religiösen Identitäten auf dem Werte- und Rechtsfundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Gesamtgesellschaftlich, aber auch in diesem speziellen Bereich besteht daher ein Bedarf an politischer Bildungsarbeit und Qualifizierungsmaßnahmen. Das bedeutet für die MSOs zum einen, auf einer strukturell-funktionalen Ebene Teilhabechancen für ihre Community zu erhöhen, zum anderen aber auch kulturell-identifikatorisch verbindend und nicht trennend zu wirken.

Für Melek Topaloğlu, Integrationsrat in Gelsenkirchen, sollten solche „Brückenbauer“ vor allem aus der jüngeren, hier aufgewachsenen Generation rekrutiert werden:

„Man muss jemanden finden, der beide Kulturen in sich trägt und offen gegenüber beidem ist. Es ist auch eine Generationenfrage, denn die neuen Generationen haben einen anderen Blick auf das Miteinander, als die erste oder zweite Generation.“ (Melek Topaloğlu, Integrationsrat, SPD Gelsenkirchen)

Ein Zugang zu den muslimischen Communities kann nur durch eine stetige, langfristige und vertrauensbildende Arbeit geschaffen werden. Kontaktstellen nach dem Beispiel der Duisburger Polizei, die für ihren Bereich der präventiven Jugendarbeit aktiv den Zugang zu den Communities sucht, auf andere kommunale

Bereiche – im Sinne der Integration als Querschnittsaufgabe – auszuweiten, wäre ein zielführendes Modell, um die Zielgruppe flächendeckend und umfassend erreichen zu können.

FREIZEIT

Der Freizeitbereich umfasst sowohl Angebote der Jugend- als auch der Altenhilfe. Gerade im Jugendbereich besteht die Aufgabe darin, den Jugendlichen sinnvolle Betätigungsmöglichkeiten, soziale Betreuung und interkulturelle Plattformen des Austauschs zu bieten, aber auch gesellschaftliche Partizipation zu fördern. Im Seniorenbereich wiederum sollten Angebote geschaffen werden, die den kulturellen Spezifika Rechnung tragen und den Bedürfnissen der Zielgruppe angepasst sind. Eine bloße Übertragung der deutschen Angebotsstruktur scheint hier wenig zielführend.

INGESCHRÄNKTER COMMUNITY-ZUGANG

Freizeitangebote funktionieren bzw. werden von den muslimischen Kindern und Jugendlichen angenommen, wenn durch Kontinuität und Nachhaltigkeit ein Vertrauensverhältnis hergestellt wird. Niedrigschwellige Ansätze und ein breites und auf Dauer angelegtes Angebot, das möglichst nicht an enge Zeiten gebunden ist, sind hier die Schlüsselfaktoren. Ähnlich wie bei den Schulen ist es auch hier wichtig, die Eltern miteinzubeziehen.

„Ich bin mittlerweile seit 35 Jahren hier. Um das Vertrauen zu schaffen, habe ich ca. zehn Jahre gebraucht und immer wieder Angebote an die Eltern gemacht. Auch ehrenamtliche Strukturen aufzubauen, dauert sehr lange. Immer am Ball bleiben, die Leute einbeziehen und Verbindlichkeiten schaffen, weil genau das den jungen Menschen fehlt, das ist der Schlüssel.“ (Gregor Rüdell, Bauspielplatz Ückendorf, Gelsenkirchen)

Die Vertrauensbasis führt dazu, dass die Jugendlichen die Ausflüge, Workshops und sonstigen Freizeitangebote der Jugendzentren auch mit voller Unterstützung des Elternhauses wahrnehmen können. Ein auf Vertrauen und Dauer angelegter Ansatz kann auch dabei helfen, muslimische Mädchen zu erreichen und die geschlechterspezifischen Unterschiede zu verringern:

„Wir haben hier im Haus auch 35 Gästebetten, die von Schulklassen belegt werden, auch vor dem Hintergrund, dass Kinder mit Migrationshintergrund, vor allem Mädchen früher nicht an Freizeiten teilnehmen durften und dadurch, dass ich so viele Jahre in der Einrichtung arbeite, habe ich das Vertrauen der Eltern.“ (Gregor Rüdel, Bauspielplatz Ückendorf, Gelsenkirchen)

Neben den geschlechterspezifischen Unterschieden gilt es darüber hinaus, kultureller Segregation entgegenzuwirken und interkulturellen Austausch zu fördern. Gerade mit Blick auf die Deutschkenntnisse, aber auch zum Abbau von Vorurteilen, ist es unabdingbar, diesen Aspekt explizit zu fördern. Auch hier helfen niedrigschwellige Ansätze dabei, die Zielgruppe – egal welchen Hintergrunds, ob männlich oder weiblich – erst einmal zu erreichen und möglicherweise langfristig in konkrete, inhaltliche Projektarbeit einzubinden. So verfolgen zahlreiche Jugendzentren den Ansatz, Workshops zu vielfältigen Themen, beispielsweise der politischen Bildung oder Partizipation, in ihrem Angebot zu verankern und somit zu einem langfristigen positiven Effekt beizutragen. Hier liegt es vor allem an staatlichen Förderprogrammen oder Stiftungen, diese Initiativen zu finanzieren und über eine kurze Förderperiode hinaus dauerhafte und stabile Strukturen vor Ort aufzubauen. Eine Vernetzung und gemeinsame Aktivitäten der Jugendzentren könnten zudem punktuell den Austausch unter den verschiedenen Jugendgruppen fördern. Dafür braucht es verstärkt lokale Koordinierungsplattformen und Netzwerke.

Die integrative Kraft des Sports ist ein viel gepriesenes Mantra der Integrationspolitik. In der Tat erfüllt der Sport eine wichtige Sozialisationsfunktion und kann durch seinen recht niedrigschwelligen Zugang den interkulturellen Austausch fördern. Aber auch hier bedarf es professioneller Strukturen, um das integrative Potential der Sportvereine effektiv nutzbar zu machen. Zentral ist die professionelle, interkulturelle Betreuung der Sportvereine und deren Vernetzung mit lokalen Akteuren wie Schulen und Jugendzentren.

„Wenn es eine engmaschige Betreuung der Vereine gibt, wenn Netzwerke über eine professionelle Einleitung und Begleitung aufgebaut werden, kann man nachhaltig arbeiten.“ (Christoph Gehrt-Butry, Geschäftsstelle Stadtportbund Duisburg)

Die Angebote im Jugendbereich, ob Sportvereine oder Jugendzentren, sollten ausgebaut werden. Wichtig ist dabei die langfristige Verankerung von sozialen Ju-

gendprojekten im Stadtteil, um den Zugang zur Zielgruppe zu schaffen und Vertrauen aufzubauen. Zudem gilt es, die Jugendlichen durch die Übertragung von Verantwortung zu stärken und auch inhaltliche Angebote in die Arbeit zu integrieren, die die Jugendlichen ganz im Sinne der Multiplikatorendecke – auch in die Community hineintragen.

MUSLIMISCHE SENIOREN WERDEN ALS ZIELGRUPPE NUR SCHWER ERREICHT

Die Schwierigkeit für „deutsche“ Träger der Altenhilfe besteht zumeist in der Aktivierung und in der Ansprache muslimischer Senioren, die sich weitestgehend in tradierten Strukturen bewegen. Will man den interkulturellen Kontakt unter Senioren tatsächlich herstellen, müssten etablierte Träger der Altenhilfe ihre Angebotsstruktur diversifizieren, um migrantische Communities im Stadtteil zu erreichen. Das heißt vereinfacht: Der typische „deutsche“ Seniorennachmittag ist für die türkisch-muslimische Zielgruppe wenig reizvoll. Darüber hinaus braucht es gerade im Seniorenbereich Mediatoren, die Zugang zur Community haben und die Menschen direkt ansprechen. Die klassischen Anspracheinstrumente und Werbemaßnahmen wie Zeitungsinsertate oder Flyer (auch in mehrsprachiger Form) erreichen die Communities nicht.

„Man braucht immer einen Mittler, der die Leute kennt und das Programm empfiehlt.“ (Despina Paraskevoudi-Wilbert, Diakoniewerk Essen)

Der im Jugendbereich so essentielle interkulturelle Austausch ist bei der Konzipierung von Angeboten für muslimische Senioren eher nachrangig. Um die Zielgruppe zu erreichen, haben sich homogene, den spezifischen Bedürfnissen angepasste Gruppen als „erfolgreicher“ erwiesen.

„Der Vorteil ist, dass die Leute dort die gleiche Sprache sprechen, gleiche Erfahrungen teilen und darüber viele Gemeinsamkeiten haben. Zum gegenseitigen Kennenlernen ist das dann leichter. Und wenn die Senioren diese kleine Oase des Austauschs nicht haben, dann ist es viel schwerer für sie.“ (Despina Paraskevoudi-Wilbert, Diakoniewerk Essen)

Anreize zur interkulturellen Durchmischung können aber punktuell, in Form gemeinsamer Ausflüge und Feste, gesetzt werden. Verstetigt man diese Aktivitäten, setzt eine Art „interkultureller Gewöhnungseffekt“

ein. Es benötigt neben Empowerment-Strategien von Seiten der Träger einer kontinuierlichen Betreuung der Seniorengruppen durch eine vertraute Person, um inhaltliche Qualität und Hilfestellung (z.B. Beratung, Seelsorge) zu gewährleisten. Denn grundsätzlich ist die Seniorenbetreuung vor allem unter dem Aspekt der Gesundheitsberatung und dem Aufzeigen der Zugänge zum Gesundheitssystem relevant.

GESUNDHEIT

Die Herausforderungen einer älter werdenden Bevölkerung für das Gesundheitssystem sind in einer Einwanderungsgesellschaft, wie sie im Ruhrgebiet vorzufinden ist, naturgemäß noch vielfältiger. Mittlerweile kommen die „Gastarbeiter“ der ersten und zweiten Generation in ein Alter, in dem Fragen nach angemessener Pflege und Versorgung eine immer größere Rolle spielen. Bisher fanden diese Themen nur wenig Beachtung, durch den gestiegenen Bedarf fangen mittlerweile jedoch sowohl traditionelle Träger als auch kleinere private Anbieter an, sich mit den Anforderungen an kultursensible Altenpflege auseinanderzusetzen und ihr Angebot breiter aufzustellen. Nichtsdestoweniger besteht in diesem Bereich noch großer Nachholbedarf, auch was die Implementation kulturspezifischen Wissens in die Strukturen des deutschen Gesundheitssystems angeht.

BERATUNGSANGEBOTE ERREICHEN DIE COMMUNITIES NUR UNZUREICHEND

Beim Zugang muslimischer Bürger zum Gesundheitssystem gibt es noch erheblichen Handlungsbedarf. Ein Grundproblem ist neben der Sprachbarriere das fehlende Systemwissen in Bezug auf Anlaufstellen, Behörden und Strukturen. Das gilt insbesondere für den Bereich der Pflege. Die Familien wissen oftmals nicht, welche Aufgaben ein ambulanter Pflegedienst übernimmt, wie die Eingruppierung in verschiedene Pflegestufen vonstattengeht und welche bürokratischen Maßnahmen in diesem komplexen System dafür nötig sind. Hierfür wird interkulturelle Hilfestellung und Beratung in den Communities benötigt. Da krankheits- und pflegespezifische Informationen erst dann nachgefragt werden, wenn akuter Handlungsbedarf besteht, müssen die Ansprechpartner und Kommunikationswege zu den Behörden und Institutionen klar aufgezeigt werden. Derzeit fangen traditionelle Familienstrukturen den Pflegebedarf noch auf, doch der Druck auf die zweite Generation, die mit der Pflege

ge der Eltern betraut ist oder noch sein wird, wächst. Daher wird sich das traditionelle Familienverständnis in Bezug auf die Pflege wandeln:

„Es wird sich durch zunehmende Mobilität und geänderte Solidaritätsvorstellungen der jungen Generation ändern. Viele können die Pflege nicht mehr leisten, weil sie einen Beruf haben, und einige wollen es auch nicht mehr. Und wir versuchen jetzt herauszufinden, was die Senioren dann genau brauchen, auch wie Unterstützungsangebote aussehen müssen, damit sie sie annehmen.“ (Hürrem Tezcan-Güntekin, Universität Bielefeld)

Der Zugang kann über Beratungsangebote in Moscheen und Kulturvereinen, aber eben auch durch Angebote in den Seniorengruppen gewährleistet werden. Vorträge zu Themen wie „gesunde Ernährung“ und Fachvorträge, beispielsweise zur Altersdemenz können so in die Freizeitangebote integriert werden und auch die Vernetzung von muslimischen Senioren und relevanten, bestenfalls interkulturellen oder geschulten Ansprechpartnern verbessern.

„Viele meinen, man könnte das durch Flyer in verschiedenen Sprachen verbessern, aber ich halte es für besser, wenn man die Leute aufsucht, ihnen Angebote macht und sie abholt, wo sie sind. Denn die Leute kommen häufig nicht von selbst, wenn sie Hilfe brauchen. Und dafür braucht es einen Zugang in die Community.“ (Despina Paraskevoudi-Wilbert, Diakoniewerk Essen)

Eine zentrale, aber oft unterschätzte Rolle bei der Inanspruchnahme von Pflegeangeboten spielen zudem die Hausärzte, die im Bedarfsfall die nötigen Schritte einleiten können, da ihre Meinung in der Communi-

ES BESTEHT GROSSER NACHHOLBEDARF, AUCH WAS DIE IMPLEMENTATION KULTUR-SPEZIFISCHEN WISSENS IN DIE STRUKTUREN DES DEUTSCHEN GESUNDHEITSSYSTEMS ANGEHT.

ty einen hohen Stellenwert hat. Eine interkulturelle Schulung der Hausärzte, auch durch externe Experten, wäre hier zielführend.

MANGELNDE INTERKULTURELLE ÖFFNUNG IN KRANKENHÄUSERN, SOWIE AMBULANTEN UND STATIONÄREN PFLEGEEINRICHTUNGEN

Die meisten Probleme ergeben sich bei der Pflege in stationären Einrichtungen wie Krankenhäusern aufgrund mangelnder sprachlicher und interkultureller Kompetenzen. Gerade bei der Pflege von Muslimen bedarf es kulturspezifischen Wissens und einer kultursensiblen Haltung. Das reicht vom Wissen, dass man die muslimische Wohnung im Regelfall nicht mit Schuhen betritt, bis hin zur Problematik der gleichgeschlechtlichen Pflege.⁴ Dieses Wissen um kulturelle Besonderheiten muss zukünftig stärker in die Curricula der Pflegeausbildung integriert werden und kurzfristig zumindest durch externe Schulungen und Ansprechpartner kompensiert werden.

Da die Nachfrage nach stationärer Pflege noch gering ist, haben sich nur wenige Altenheime mit den entsprechenden Angeboten auf die muslimische Zielgruppe eingestellt. Auch Krankenhäuser haben sich in der Breite bisher nur unzureichend interkulturell eingestellt. Zahlreiche gesundheitliche Probleme werden auf Grund von Sprachbarrieren und Vorurteilen nicht angemessen diagnostiziert und behandelt. Die Beispiele, in denen Integrationsbeauftragte die migrationspezifischen Themen koordinieren, machen den Bedarf für Kulturmittler und Dolmetscher mehr als deutlich:

„Es gibt das LVR-Verbundprojekt Migration, das die Gelder für die Sprachintegrationsmittlerinnen und -mittler zu Verfügung stellt. Die Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler sind keine herkömmlichen Dolmetscher, sondern vermitteln neben der reinen Übersetzungsleistung kulturspezifisch. Für das LVR-Klinikum Essen stellt „Sprint“ über 50 verschiedene Sprachen zu Verfügung, die gedolmetscht werden können. Unsere Erfahrungen und unser Projekt macht das LVR-Klinikum Essen zum Ansprechpartner für die Migrationsfachgremien in unserer Kommune.“ (Frank Boden, Integrationsbeauftragter LVR-Klinik Essen)

Die Zusammenarbeit mit externen Partnern, die über die entsprechenden sprachlichen und kulturellen Voraussetzungen verfügen, kann dabei helfen, den muslimischen Patienten eine angemessene Behandlung zukommen zu lassen. Auch Mitarbeiter sollten dementsprechend geschult werden. Die Vernetzung der kommunalen Akteure wie Moscheegemeinden, städtischen Fachreferaten für Gesundheit und den Krankenhäusern kann an dieser Stelle auch zu passgenaueren Lösungen beitragen.

4. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Insgesamt, so machen die Untersuchungen deutlich, wurden in vielen Bereichen wichtige Entwicklungen angestoßen. Nichtsdestoweniger gibt es immer noch zahlreiche Lücken, die es zu schließen gilt, um Integration insgesamt erfolgreicher und nachhaltiger gestalten zu können. Dabei weisen die hier als trennscharf behandelten Bereiche dennoch ähnliche Probleme und Bedarfe auf, die sowohl bei der Formulierung grundsätzlicher Strategien als auch bei der Umsetzung konkreter Projekte mitgedacht werden müssen.

Zentral ist in diesem Zusammenhang die Berücksichtigung community-basierter Ansätze, ohne die die relevante Zielgruppe – egal ob im Bildungs-, Ausbildungs- oder Freizeitbereich – nur schwer erreicht oder überhaupt nur die richtige Ansprache gewählt wird. Denn auch nach über 50 Jahren Migrationsgeschichte, so scheint es, fehlt noch immer ein angemessener Kommunikationskanal, um den Anforderungen und Bedürfnissen einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden. Der Dialog auf Augenhöhe ist jedoch essentiell für das Gelingen der Integration.

Im Bildungswesen sind es – wenig überraschend – vor allem soziale und milieuspezifische Herausforderungen. Eine bessere personelle Ausstattung der Schulen in sozial schwachen Quartieren wäre dafür zielführend. Um jedoch die institutionellen Defizite, die auf höherer politischer Ebene gelöst werden müssen, ausgleichen zu können, besitzt die Einbindung externer Projektpartner in das Schulangebot Potential, um den diagnostizierten Bedarfen angemessen begegnen zu können. Die Bandbreite reicht von abgestimmten Nachhilfeangeboten über den Klassenverbund und das Miteinander stärkende Kulturprojekte bis hin zu Schulungsangeboten für das Lehrerkollegium. Mit einer Verbesserung des Bildungserfolgs wäre einer der wichtigsten Grundsteine für den erfolgreichen Übergang von Schule in Ausbildung gelegt. Dennoch: Aktuell müssen die Unternehmen und Betriebe über

Einstiegsqualifizierung „Reparaturarbeiten“ leisten, die in der Bildungskarriere teilweise versäumt wurden. Ein aktives Zugehen von Seiten der Arbeitgeber kann die Bedürfnisse der Wirtschaft mit denen der Jugendlichen zusammenführen und zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Gezielte Programme, die sich der Vermittlung zwischen Absolventen und Ausbildern widmen und auch dem praktischen, nicht nur auf Informationsveranstaltungen basierenden Austausch dienen, sollten in diesem Bereich ausgebaut werden.

„INTEGRATION IST EIN LANGWIE- RIGER PROZESS, DER VON DER POLITIK NACHHALTIG GESTEUERT UND NICHT IN EINZELNEN LEGISLA- TURPERIODEN UND WECHSELNDEN PARTEIPOLITISCHEN KONSTELLATI- ONEN GEDACHT WERDEN SOLLTE.“

Um gesellschaftliche Teilhabe auf Augenhöhe zu verwirklichen und gleichzeitig die Dialogpartner in die Communities hinein zu stärken, bedarf es einer Professionalisierung der Migrantenorganisationen. Die Fokussierung auf rein bürokratische Aspekte greift dabei zu kurz. Durch die Identifizierung engagierter Community-Mitglieder, durch inhaltliche Weiterbildung und Schulungen, kann die Qualität der Integrationsarbeit im Sinne einer pluralistisch verfassten Gesellschaft gewährleistet werden. Inhaltlich sollte ein größerer Fokus auf politische Bildungsprogramme gelegt werden, die die Identifikation mit der hiesigen Gesellschaft fördern und gleichzeitig die Stärke der eigenen kulturellen Vielfalt betonen sowie auch politisches und gesellschaftliches Mitgestaltungspotential aufzeigen und ermöglichen.

Im identifikatorischen Bereich der Freizeitgestaltung gilt es, vor allem für die Jugendlichen im Stadtteil Angebote zu schaffen. Sport kann hier eine Bindefunktion einnehmen, diese sollte aber professionell gefördert werden. Die ältere, erste muslimische Generation bewegt sich in ihrer eigenen, vertrauten Community. Seniorenbetreuung bei „deutschen“ Trägern findet daher meist in ethnisch segregierten Sphären statt, was aufgrund der Sprachbarrieren und des Bedürfnisses der Menschen nach Vertrautheit verständlich ist. Will man den inter-

kulturellen Austausch fördern, sollte man punktuelle Anreize, zum Beispiel durch gemeinsame Ausflüge oder interkulturelle Feste, setzen.

Wichtig ist die Seniorenbetreuung vor allem, wenn es darum geht, strukturell-funktional den Zugang zum Gesundheitssystem sicherzustellen. Es bedarf dafür einer stärkeren Öffnung der Trägerstrukturen sowie eines pro-aktiven Community-Zugangs, um entstehende Bedarfe durch die Angebote im System abzudecken. Auch wenn momentan die Nachfrage noch gering ist, interkulturelle, kultursensible Pflege ist ein Zukunftsthema, auf das sich die Communities, wie auch die bestehenden Institutionen stärker als bisher einstellen müssen.

Zahlreiche Probleme müssten auch auf institutioneller und politischer Ebene angegangen werden – dennoch gilt es zu überlegen, wie die Herausforderungen im Kleinen, vor Ort, möglichst erfolgreich bewältigt werden können. Die identifizierten Bedarfe bieten viel Spielraum für den Einbezug externer Partner. Diese können recht flexibel einige der bestehenden Bedarfslücken schließen und so einen positiven Beitrag zum Gelingen des Integrationsprozesses leisten. Dafür bedarf es jedoch auch mehr externer, auf Dauer angelegter Förderung, die individuellen Bedürfnissen gerecht wird und Initiativen befähigt, langfristig, nachhaltig, selbstständig und professionell zu agieren. Denn Integration ist ein langwieriger Prozess, der von der Politik nachhaltig gesteuert und nicht in einzelnen Legislaturperioden und wechselnden parteipolitischen Konstellationen gedacht werden sollte. Wenn Integration von allen Seiten aktiv gestaltet wird, kann sie gelingen. ■

ANMERKUNGEN

¹ „Muslime“ sind eine ethnisch und religiös vielfältige und (sozial) heterogene Gruppe. Unter „Muslimen“ werden hier Menschen mit kulturellen Wurzeln in muslimisch geprägten Ländern verstanden, die in der ersten, zweiten oder auch dritten Generation im Ruhrgebiet leben. Die größte Gruppe im Ruhrgebiet, auf die im Forschungsprojekt auch mehrheitlich Bezug genommen wird, ist die türkische bzw. türkischstämmige, sunnitische Community.

² Vgl. Engruber, Ruth/ Rützel, Josef (2015): Berufsausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund. Eine repräsentative Befragung von Betrieben Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, in: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LL_GB_Integration_UnternBefr_Links_2015.pdf.

³ Vgl. Islamische Gemeinden als kommunale Akteure, in: <http://www.goethe.de/lhr/prj/daz/uen/ima/koa/deindex.htm>.

⁴ Zur Erläuterung: Aufgrund eines sensibleren Verständnisses von Scham und Körpergefühl lassen sich in der Regel muslimische Frauen nur von Frauen und Männer nur von Männern pflegen.



Der Landschaftspark im Duisburger Norden verbindet Kultur und Natur auf einzigartige Weise



Foto: flickr/creative commons

Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Vizekanzenler Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Matthias Döpfner sowie Bundespräsident a.D. Christian Wulff und Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



